

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

169 (24.7.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6.
Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/29 Uhr vorm. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 169

Samstag, den 24. Juli 1926

97. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Poincare hat sein aus 10 Personen gebildetes Ministerium fertig bekommen; er selbst übernimmt die Finanzen, Briand wie früher das Auswärtige.

Der englische Minister des Auswärtigen Chamberlain will seine Neußerung über die deutsche Abrüstung nicht so schlimm gemeint haben.

Die württembergische Deutsche Volkspartei erteilt auf den Sammelruf der Bürgerpartei eine glatte Absage.

Umschau.

Wirths Rundgebung. — Links und Rechts die Arbeitsfähigkeit des Reichstags. — Die Frage der Regierungserweiterung in Baden. — Sozialdemokratie und große Koalition. — Die Staatskrise in Frankreich.

(Durlach, 24. Juli)
Reichskanzler a. D. Wirth, der bei seiner Rückkehr in die Zentrumspartei das Festhalten der Partei an den republikanischen Zielen ausdrücklich proklamierte, hat in diesen Tagen eine Rundgebung veröffentlicht, in der er für eine geschlossene Gruppierung der Linken und der Republikaner gegenüber der Rechten eintritt, auf die durch das Verhalten der Sozialdemokraten in der Württembergischen Frage entstandene Verbitterung in demokratischen und Zentrumskreisen und den dadurch bei den bismarckischen Parteien entstandenen Mißhelligkeiten und deshalb ankündigt, daß er in Verbindung mit dem Sozialdemokraten Löbe und dem Demokraten Haas versuchen werde, eine politische Basis zur gemeinsamen Ausübung der republikanischen Bewegung in Deutschland zu schaffen. Es ist richtig, daß in Deutschland keine klare republikanische Front besteht. Zunächst gibt es im Zentrum auch weiterhin im Reich einen rechten Flügel, der mit Wirth noch sehr nicht sympathisiert. Dann aber haben wir im Reich eine Regierungskoalition von Zentrum, Demokraten und Volkspartei, und gerade die Polemiken gegen Stresemann, die deutliche Ablehnung volksparteilicher Kreise der in Preußen angeführten Vereinigung der Rechten zeigen, daß es auch keine geschlossene Front der Rechten gibt.

Was Wirth letzten Endes anstrebt, ist offenbar eine Art Zweiparteiensystem in Deutschland, das eine vollständige Verringerung der in Deutschland herrschenden Mentalitäten voraussetzen würde. Wirth denkt zunächst wohl nur an eine literarische Propagierung seines Gedankens. Die Dinge liegen aber so, daß in wenigen Monaten verschiedene ganz konkrete Probleme zu lösen sind und ihre ideale Vorbereitung im Wirth'schen Sinn sehr viel mehr Zeit beanspruchen würde, als hierfür zur Verfügung steht. Im Wesentlichen handelt es sich hier vor allem um ein Führerproblem — und zwar zunächst darum, ob die sozialdemokratische Führung in der Lage ist, bis zum Herbst die Fehler wieder gutzumachen, die sie in der Württembergischen Frage begangen hat. Sie wird den Massen klar zu machen haben, daß es mit der Entscheidung nicht geht und wird praktische Politik zu treiben haben. Andernfalls besteht die Möglichkeit, daß die Deutschnationalen ihr zuvorkommen, die Zeichen der Zeit erkennen und die Reichsregierung wie die Regierungsparteien eben dann mit Recht die notwendigen Weichen dort nehmen, wo sie sie finden. Daß sich freilich in diesem Fall bei den so entstehenden Gefahren der Einfluß der Rechten sich deutlich fühlbar machen und sich von selbst eine Koalition gegen die Sozialdemokraten ergeben wird, ist sicher. Andererseits würde nur im Fall des Ausschlebens der Demokraten und einer völligen Rechtsorientierung des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, was alles wenig wahrscheinlich ist, die geschlossene Front der Rechten entstehen, die Wirth fürchtet. Was bei der Zusammensetzung dieses Reichstages möglich ist, sind eben lediglich Arbeitsmehrheiten, bei denen ideale und prinzipielle Forderungen zu Gunsten von Kompromissen, die je nachdem der Rechten oder der Linken mehr geben, zurücktreten müssen.

Im badischen Landtag haben in dieser Woche die Etatsberatungen begonnen, die man bis zum Ende des Monats zum Abschluß bringen will. Wie üblich wurden sie durch eine allgemeine, prinzipielle Fragen behandelnde Aussprache eingeleitet. Trotzdem gerade zwischen der Presse der Koalitionsparteien zuvor recht deutliche und recht heftige Auseinandersetzungen stattgefunden hatten, verlief die Aussprache recht ruhig und sachlich, sogar der kommunistische Redner paßte sich, soweit es ihm möglich war, dieser Tonart an.

Man sprach sich auch über die Frage einer Erweiterung der Regierungskoalition aus. Das Zentrum hält nach wie vor die große Koalition von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei erstrebenswert, während die Sozialdemokraten bisher einen glatt ablehnenden Standpunkt dazu einnahmen.

Nun hat aber ihr Sprecher, Abg. Kücker, erklärt, daß auch über diese Frage geredet werden könne, wenn die Volkspartei ein klares Bekenntnis zum neuen Staat ablege und sich auch taktisch in ihrer ganzen Agitation darauf einstelle. Die Antwort des volksparteilichen Redners Matthes war vorsichtig und zurückhaltend. Immerhin erklärte er die Frage der Staatsform für entschieden und lehnte ebenso entschieden einen Rechtsblock, wie er von Preußen aus erstrebt wird, ab. Zur Flaggenfrage erklärte er, daß bei voller Achtung für die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold auch das alte Symbol der Einigung von 1871 nicht geschmälert werden dürfe. Zurückhaltend mußte auch die Antwort der Demokraten klingen, die Abg. Glöckner gab. Sie sind — was er freilich nicht sagte — vor allem deshalb nicht in die jetzige Regierung eingetreten, weil sie nicht ganz mit Unrecht fürchten, mit ihren sechs Sitzen gegen die große Mehrheit des Zentrums und der Sozialdemokraten zur Einflußlosigkeit verurteilt zu sein. Können die sieben volksparteilichen Sitze dazu, dann wären die beiden liberalen Parteien mit 13 Sitzen ganz beachtlich in der Regierung vertreten.

Bisher war die absolut ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen eine Regierung der großen Koalition das erste Hindernis, das zweite Hindernis aber liegt im rechten Flügel der Volkspartei, von dem es vorerst noch zweifelhaft ist, ob Abg. Wartes auch für ihn sprach, als er die Republik für endgültig erklärte und auch die neuen Reichsflaggen anerkannte. Das Bemerkenswerteste ist, daß die Volkspartei im Gegensatz zu ihrer Haltung vor zwei Jahren diesmal den Etat genehmigen wird. So haben die Etatsdebatten gleich zu Anfang ein gewisses Näherkommen der Parteien gezeigt. Die Frage ist nun, ob damit doch ein Ende der Zweiparteienkoalition, die verschiedentlich sowohl von Seiten des Zentrums wie der Sozialdemokraten als Provisorium bezeichnet worden ist, in den Bereich der Möglichkeit gerückt ist. Vieles, wohl alles wird von der Entwicklung der Dinge im Reich abhängen.

Wenn wir über unsere verfahrenen Parteiverhältnisse in Deutschland klagen, so können dies die Franzosen über die ihren noch viel mehr. In der französischen Kammer, die eine Links mehrheit hat, herrscht ein derartiger Wirrwarr, daß in diesen Tagen zwei Linksregierungen gesürzt und einem Mann der Rechten, wie Poincare der Weg gebahnt werden konnte. Die Ursache liegt nirgends anders als in der Steuerfrage des französischen Volkes, die ihm nach dem Kriege gerade von den Leuten um Poincare mit den bekannten Worten „Der Deutsche wird alles bezahlen“ angetragen worden ist. Die Ablehnung der Vollmacht, die dem Wesen des demokratisch-parlamentarischen Systems durchaus nicht widersprechen und, wie der Fall Deutschland gezeigt hat, bei einer Katastrophe der Staatsfinanzen allein Rettung bringen können, war nur ein Vorwand, um die unbedingt notwendigen steuerlichen Belastungen in außerordentlich kurzfristiger Weise zu bekämpfen. Man wird sich jedem anderen Kabinett, auch einer Regierung Poincare geben müssen, um aus dem Finanz- und Währungssektor herauszukommen und das Fortschreiten der Staatskrise zu vermeiden.

Fremde Landarbeiter in Deutschland

Wenn man vor dem Kriege darüber sprach, was eine etwaige bewaffnete Auseinandersetzung mit Rußland und mit Teilen des Habsburger Reiches zur nachteiligen wirtschaftlichen Folgen haben würde, so stand an einer der ersten Stellen die Sorge, woher der deutsche Großgrundbesitz die erforderlichen Arbeitskräfte nehmen solle. Vor dem Kriege waren in der deutschen Landwirtschaft etwa 800 000 fremdländische Saisonarbeiter beschäftigt, die allerdings vor Kriegsnächten das deutsche Gebiet wieder verlassen haben und in ihre Heimat zurückgekehrt sein mußten. Allmählich bildete sich bei vielen landwirtschaftlichen Produzenten die Ansicht heraus, daß sich der deutsche Arbeiter wegen seiner höheren Ansprüche in bezug auf Unterbringung, Verpflegung und Entlohnung nicht für Landarbeiten eigne. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Zahl der fremden Saisonarbeiter auf etwa ein Drittel gesunken (rund 278 000). Es ist bedauerlich, daß man bisher noch keinen Weg gefunden hat, um die auf dem Lande verfügbare Arbeitsgelegenheit deutschen Erwerbslosen zu übertragen. In dem großen Arbeitsbeschaffungsplan, der jetzt in einer besonders gebildeten Ministerialkonferenz ausgearbeitet wird, sind 30 Millionen Mark ausgeworfen, um die Unterkunftsbedingungen für Landarbeiter auf dem Lande den Mindestanforderungen zivilisierter Menschen anzupassen und damit den Hauptwiderstand zu überwinden, der sich bisher der umfangreichen Verwendung deutscher Arbeiter auf dem Lande entgegenstellte.

Es ist selbstverständlich eine Uebertreibung, wenn der Oberpräsident der preussischen Provinz Sachsen, Otto Hörsing, auf Grund der Ergebnisse einer Kaxsia in einem kleinen Teil seines Regierungsbezirks mechanisch auf 800 000

fremde Landarbeiter kommt, die in Deutschland leben und beschäftigt sein sollen. Aber auch das Reichsarbeitsministerium, das diese Zahl bei einer Rundgebung bemängelt hat, muß zugeben, daß die oben angegebene Zahl von 278 000 ausländischen Landarbeitern sich nur auf die amtlich gemeldeten Ausländer bezieht. Wie viele heimlich und ohne behördliche Genehmigung besonders in den Grenzgebieten sich aufhalten, ist noch nicht ermittelt.

Bedauerlich ist es immerhin noch, daß es nicht wenige Großgrundbesitzer im Norden und Osten Deutschlands gibt, die trotz der deutschen Arbeitslosigkeit noch Ausländer zur Arbeit anstellen, nur weil sie bisher für die nötige Unterkunft in anständiger Weise nicht sorgen wollten und weil die meist polnischen und galizischen Arbeiter mit weniger Lohn und einer schlechteren Lebenshaltung als deutsche Arbeiter sich zufrieden gaben. Wenn schon das Reich eine Beihilfe von 30 Millionen zur Verfügung stellt, so sollte doch auch mit aller Entschiedenheit ein kräftiger Druck auf die noch widerstrebenden Grundbesitzer ausgeübt werden.

Die Neußerung Chamberlains über die deutsche Abrüstung

Die kurze Antwort des englischen Ministers des Auswärtigen Amtes im Unterhaus hat wie der bekannte Steinwurf in einen stillen See gewirkt — und zwar in Deutschland wie wie in England. Nun will, wie es meist so geht, wenn eine Neußerung eine unangenehme Wirkung hat, als beachtlich war, der englische Minister es nicht so schlimm gemeint haben. Dabei wird die Schuld auch auf die deutsche Presse geschoben; gemeint sind dabei wohl Auslassungen der sozialdemokratischen wie der rechtsstehenden Parteien. Ein Vertreter der Telegraphen-Union in London hat sich dort „an maßgebender Stelle“ erkundigt und darauf folgende Antwort erhalten:

London, 22. Juli. Die Antwort Chamberlains im Unterhaus sei nicht so gemeint gewesen wie sie vielleicht geklungen habe. Die Form der Antwort erkläre sich aus der überlasteten gestrigen Tagesordnung. Es sei richtig, so wird an amtlicher Stelle versichert, daß Deutschland noch eine Reihe von, wenn auch nicht mehr sehr wesentlichen Entwaffnungsforderungen zu erfüllen habe. Es handelt sich in der Hauptsache um folgende 4 Punkte: 1. Bestimmung des Begriffs „Kriegsmaterial“; 2. Die Stellung des Generals von Seekt; 3. Die Stärke der Reichswehr; 4. Die Stärke der einheimischen Reservearmee.

Zu Punkt 1 wird an maßgebender englischer Stelle bemerkt: Nach dem Versailler Vertrag ist die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial für Deutschland verboten, woraus sich die Frage ergebe, was als Kriegsmaterial zu bezeichnen sei. Ueber den Begriff Kriegsmaterial beständen noch immer Unstimmigkeiten zwischen der interalliierten Kontrollkommission und der Berliner Regierung. Zu Punkt 2 wird bemerkt, daß an amtlicher Londoner Stelle hierüber bis heute keine bestimmten Nachrichten vorliegen. Was Punkt 3 anbetrifft, so werden von amtlicher Seite gewisse Forderungen hinsichtlich der Stärke der Reichswehr erhoben. Ueber die angebliche deutsche Reservearmee (Punkt 4) ist man in amtlichen englischen Kreisen der Ansicht, daß es sich bei den sogenannten vaterländischen Verbänden um eine Art von Reservearmee handle die ihren Kampfwert nach der englischen Territorialarmee gleichzustellen sei. Auf die Frage, ob die erneute Aufstellung der Abrüstungsfrage keinen schädlichen Einfluß auf die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund noch vorausgehenden Verhandlungen ausüben werde, wurde erklärt, daß es einem Teil der deutschen Presse zuzuschreiben sei, daß die ganze Angelegenheit ausgegraben worden sei. Ohne diese Veröffentlichungen wäre das ganze Problem stillschweigend und ohne unnötige Belastung der deutschen Öffentlichkeit gelöst worden.

Berlin, 23. Juli. Im Zusammenhang mit der neuesten Erklärung ist es nicht uninteressant, sich den ganzen Wortlaut der ebenfalls von Chamberlain im Januar d. Js. abgegebenen Erklärung zu erinnern. Chamberlain sagte damals bei einem mit Briand gemeinsam abgehaltenen Presseempfang auf die Frage, ob Deutschland alles Menschenmögliche tue, um seine Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen: „Ja, alles. Man muß nicht immer bloß daran denken, was noch geschehen soll, sondern auch in Betracht ziehen, was bereits getan worden ist. Die Ergebnisse, die in den letzten Monaten erreicht worden sind, übersteigen unsere Hoffnungen.“ Weiter äußerte er die Ueberzeugung, daß die noch restierenden Entwaffnungsbestimmungen leicht erledigt werden können.

„Daily News“ über den Stand der deutschen Entwaffnung
London, 23. Juli. Der politische Korrespondent der „Daily News“ sagt zur Antwort Chamberlains über den Stand der deutschen Entwaffnung: Die Auffassung der britischen Regierung ergebe sich genügend aus der Tatsache, daß sie, wie eine zuständige Persönlichkeit sich gestern ausgedrückt habe, weiterhin für die Aufnahme Deutschlands in den Völker-

bund eintritt. Wenn die Entwaffnungslage ausgesprochen und befriedigend wäre, wo würde Großbritannien dies nicht tun.

Poincares Rückkehr

Es liegt eine fast tragisch anmutende Ironie in der Tatsache, daß derselbe Mann, der durch seine verhängnisvolle Außenpolitik am meisten zu dem Verfall der französischen Währung beigetragen hat, nunmehr zu ihrer Rettung wieder in das Amt zurückgeholt wird. Es gab ja kluge Leute, die schon am letzten Samstag nach dem Sturz des Kabinetts Briand weisagten, daß Poincaré der kommende Mann in Frankreich sei. Der Verlauf der Krise hat ihnen Recht gegeben. Allerdings haben sich alle diese Propheten in erster Linie bei Herriot zu bedanken, dessen rascher Sturz nur die Konsequenz seiner unüberlegten politischen Handlungsweise war.

Als Herriot am Samstag durch seinen überraschenden Vorstoß gegen Caillaux und Briand diesem Kabinett den Todesstoß versetzte, da wußten nur einige wenige Freunde vorher von seiner Absicht. Sie wußten aber ebenjowenig, wie das gesamte übrige Parlament, welche weiteren politischen Konsequenzen Herriot aus seiner Handlungsweise zu ziehen gedachte. Und das Schlimmste war, Herriot wußte es selber nicht. Es kam zu den unglücklichen Versuchen des Sonntags, ein Ministerium auf breiter Basis zustande zu bringen. Der Versuch scheiterte und der französische Kammerpräsident, der noch vor wenig mehr als zwei Jahren der anerkannte politische Liebling des französischen Volkes war, mußte unter dem immer stärker werdenden Murren des Pariser Mob sein Kabinett auf einer Grundlage bilden, die längst brüchig geworden war. Das Kartell der Linken, dem Herriot neues Leben einhauchen wollte, war nicht wieder zu beleben, wenigstens nicht unter diesen Voraussetzungen. Der Führer der Radikal-Sozialisten hatte etwas sehr Wesentliches übersehen: Als es vor zwei Jahren galt, die unheilvolle Außenpolitik Poincares zu liquidieren, da fand sich eine breite Einheitsfront, die von der Linken bis weit in die Mitte hinüber reichte. Denn damals waren auch die wirtschaftlichen Kreise längst davon überzeugt, daß eine Fortsetzung der Kriegspolitik Poincares der Vernichtung der französischen Wirtschaft gleichkomme. Heute aber lautete die Problemstellung ganz anders. Die Schwierigkeiten, die Herriot zu überwinden hatte, waren und sind rein innerpolitischer, im wesentlichen wirtschaftlicher und finanztechnischer Natur. Und es war eine geradezu groteske Verkennung der Tatsachen, daß Herriot glauben konnte, ihnen auf der Basis des Linkskartells beikommen zu können. Bis tief in die Kreise seiner eigenen Partei hat man es nicht verstanden, daß Herriot unter das laudinische Joch der Sozialdemokratie ging, die in dem Mittelpunkt der gesamten Stabilisierungsaktion die Kapitalabgabe gestellt wissen wollten, und diese zur unerlässlichen Voraussetzung ihrer Teilnahme am Kabinett machten. Bei sorgfältiger Beobachtung der Entwicklung, die die deutsche Inflation und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung genommen haben, hätte Herriot sich sagen müssen, daß dieser Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt war, den die Börse dann auch sofort mit einer scharfen Sentung der Francovaluta quittiert hat. Mehr aber noch: Herriot mußte aus dem Verhalten der deutschen Inflation und ihrem Abbau wissen, daß die erforderlichen Maßnahmen nur auf dem Wege diktatorischer Vollmachten zur Durchführung gelangen könnten. Er hat diese Notwendigkeit ja auch eingesehen, freilich erst, als er selbst unter dem Zwang stand, die geeigneten Maßnahmen zur Durchführung der Währungsstabilisierung treffen zu müssen. Da war es aber zu spät, denn die Kammer verweigerte logischerweise ihm nun auch, was er Caillaux verweigert hatte. Daß freilich ausgerechnet der Mann, den Herriot am schärfsten bekämpft hat, nunmehr sein Nachfolger wird, ist ein Treppenwitz der politischen Geschichte Frankreichs.

Für Deutschland ist Poincaré nach wie vor der Mann des Ruhms, der dem Deutschland seine schwersten Stunden zu verdanken hat. Diese Erinnerung wird so rasch nicht schwinden, auch wenn Poincaré in seinem neuen Kabinett das Außenministerium nicht wieder übernimmt. Die

großen Linien der deutschen Außenpolitik sind 1924 in London und 1925 in Locarno festgelegt worden. Dabei hat sich so etwas Nehrliches wie ein neues europäisches Gleichgewicht gebildet, an dem auch Poincaré zunächst kaum etwas ändern kann. Wenn sich aber herausstellt, daß Poincaré wieder der große Friedensstörer Europas ist, dann wird Frankreich das am ehesten zu spüren bekommen und dann werden auch die Tage Poincares wieder sehr bald gezählt sein.

Die französische Linkspresse gegen Poincaré

Paris, 23. Juli. Obwohl die Presse im allgemeinen, vor allem aber der „Matin“ die Auffassung vertritt, daß die Radikal-Sozialisten nicht die Verantwortung übernehmen werden, die Kombination Poincaré scheitern zu lassen, wendet sich die Linkspresse mit mehr oder minder großer Heftigkeit gegen die Regierung Poincaré. Der „Quotidien“ weist darauf hin, Poincaré werde zwar auf seine Widerstände in der Kammer stoßen, wenn er den Sachverständigenbericht zum großen Teil ablehne, ebenso wenn er über den Vertrag von Washington anderer Ansicht sei wie der Sachverständigenbericht, aber er werde auf Schwierigkeiten stoßen, wenn er seine eigenen Pläne zu vertreten habe.

Englische Stimmen zu einem Kabinett Poincaré

London, 23. Juli. Die Rückkehr Poincares ruft in der englischen Presse keine sonderliche Begeisterung hervor. Es sei ein Name, so erklärt „Daily News“ an leitender Stelle, der im Ausland nicht viel Vertrauen genieße. Er sei der hervorragende Vertreter des Gedankens, Deutschland alles bezahlen zu lassen. Er verfolge eine Politik, die nicht nur Großbritannien und Amerika gegenüber unfair sei, sondern in finanzieller Hinsicht auch verheerende Folgen für Frankreich selbst haben werde. Deutschland zum Alleszahler machen zu wollen, ist auch der „Westminster Gazette“ ein Stein des Anstoßes. Der Dawesplan habe Poincaré gelehrt, daß seine Erwartungen eine Illusion gewesen seien. Selbst der Dawesplan müsse wahrscheinlich noch ermäßigt werden.

Das Kabinett Poincaré — Briand Außenminister, Herriot Unterrichtsminister — Eine Erklärung Poincares

Paris, 23. Juli. Poincaré hat um 1.30 Uhr dem Präsidenten der Republik im Elysee eine Ministerliste vorgezählt. Die Liste hat folgendes Aussehen:

Ministerpräsident und Finanzen: Poincaré, Justiz und Vizepräsident: Barthou, Außenminister: Briand, Inneres: Albert Sarraut, Krieg: Painlevé, Verteidigung: Herriot, Marine: Lyautey, Handel: Bokanowski, Verkehr: Queuille, Kolonien: Leon Perrier, Eisenbahnen: Tardieu, Pensionen: Marin.

Beim Verlassen des Elysees erklärte Poincaré den Journalisten: Wir wollten ein Kabinett der breiten nationalen Einigung, in dem alle Parteien vertreten sind. Wir haben versucht, unsere Aufgabe mit der größtmöglichen Großzügigkeit anzufassen. Ich muß sagen, daß es mir nicht schwer gefallen ist, weil ich mich bemüht habe, mein Ministerium zu bilden, ohne die besonderen Wünsche weder der einen noch der anderen zu berücksichtigen. Wenn wir uns bei allen Anregungen aufgehalten hätten, die man uns gegeben hat, so hätten sich die Arbeiten zur Bildung der Regierung ewig lang hingezogen. Es war aber nötig, schnellstens zu arbeiten. Ich empfangte meine Mitarbeiter um 3 Uhr und wurde sie um 7 Uhr dem Präsidenten der Republik vorstellen. Die Regierung wird am Dienstag vor die Kammer treten.

Steine auf dem Weg nach Genf

Die Stuttgarter Pressekorrespondenz schreibt: Am 8. Februar 1926 hat der deutsche Generalkonsul in Genf dem Generalsekretär des Völkerbundes das Schreiben überreicht, das unseren Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund enthielt. Zu dieser Zeit waren wir in unserem Entschluß, Mitglied des Völkerbundes zu werden, nicht mehr frei. Wir waren nach Ro-

carno gegangen und durften Genf nicht meiden, wenn wir uns nicht selbst untreu werden wollten.

Aber nicht allein unter dem Zwang unserer Vertragspolitik hatten wir uns die Mitgliedschaft zum Völkerbund bemerkt; wir wollten auch der universellen Idee dienen, die im Völkerbundesgedanken liegt. Wir durften uns nicht fernhalten von der Gemeinschaft der Völker, die von sich sagt, daß sie das Gute um der Menschheit willen will. Die Resolution des parlamentarischen Untersuchungs Ausschusses des deutschen Reichstages vom 22. Dezember 1923 machte Deutschland den Vorwurf, es habe nicht verstanden, den Anschein zu vermeiden, als ob es ein Gegner der Friedensbewegung sei. Wenn auch der Völkerbund nicht zu uns bringe, was die Haager Friedenskonferenzen nicht vermochten, so wollten wir keine Schuld daran tragen.

Hätten uns Vernunft und Gewissen im Februar den Eintritt in den Völkerbund erstreben lassen, so hat der Gang der Ereignisse seither uns mehrmals Geheißnisse gegenübergestellt, die zur Nachprüfung unseres Standpunktes gegenüber dem Problem des Völkerbundes anregten.

Es war eine harte Probe für unsere Völkerbundstreue, als wir im März während der Bundesversammlung, die über unsere Aufnahme in den Völkerbund beschließen sollte, in Genf vor der Tür des Völkerbundes warteten, ob man uns hereinrufen werde oder nicht. Wir hatten unseren Eintritt angemeldet und wollten ihn vollziehen, um die Bedingungen zu erfüllen, die den Vertrag von Locarno in Wirksamkeit setzen sollen. Wenn man uns gleichwohl lange Tage warten und dann, allerdings mit freundlichen Worten, ziehen ließ, so hätte es die Welt verstehen müssen, wenn wir dem Völkerbund den Rücken gekehrt hätten.

Die politischen Ereignisse der Folgezeit haben erwiesen, daß wir den Männern, die über eigene Stimmungen hinweg die Dinge reifen ließen, zu Dank verpflichtet sind. Es hat sich bald gezeigt, wie richtig es war, daß wir den Kurs zum Völkerbund hin beibehalten haben.

Nach der Rückkehr von der missglückten Genfer Reise wurde der Berliner Vertrag unterzeichnet, der vielleicht gerade deshalb zum Abschluß kam, weil wir unter Zulassungsgesuch zum Völkerbund trotz allem nicht zurückgezogen haben. Es gibt einen Weg nach Moskau, der über Genf führt.

Um uns nicht mit ängstlich fechten Händen ziehen zu lassen, gab uns die außerordentliche Bundesversammlung im März das Versprechen mit auf den Weg, daß eine Kommission zur etwaigen Werrückung in den Zusammenfassung des Völkerbundesratung zusammengetreten werde, um die Hindernisse zu beseitigen, die sich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in den Weg gestellt hatten. Was damals Versprochen erschien, zeigte sich bald als Erfüllung. Lord Cecil hat Deutschland zuliebe das Schicksal der halbständigen Ratsliste erfinden, mit dessen Hilfe er Spanien und Spanien zu beruhigen hoffte. Deutschland zuliebe — England zuliebe; man braucht deutsche Erfolge nicht zu übersehen, weil sie gleichzeitige englische sind. Das Versprechen und die Ausführung der Studientkommission dem deutschen Pressegewinn brachte, kann nur verkennen, der grundsätzliche Völkerbund und alles, was mit ihm zusammenhängt, ablehnt. Die Studientkommission ist in dem Schlussbericht an den Völkerbundesrat, in dem sie das Ergebnis ihrer Beratungen zusammenfaßt, im wesentlichen dem Vorschlag Cecils gefolgt. Die Hoffnung, daß Spanien und Brasilien sich mit halbständigen Eigen zufriedengeben würden, war berechtigt, denn, wenn der Völkerbundesrat die Eintragung der halbständigen Seite genehmigte, so könnte er nicht ohne mehr, als sich mit dem Sinne der Völkerbundsatzung vereinbaren ließ. Wilson hat bei Besprechung der Völkerbundsatzung auf der Friedenskonferenz eindeutig erklärt, daß eine Vermehrung der ständigen Ratsliste nur zugunsten Deutschlands und Kubas in Frage kommen könne. Der Rat, der im Juni über den Bericht der Studientkommission tagte, war sich nicht im klaren darüber, daß „halbständige“ beinahe „ganz ständige“ bedeutet und daß im Laufe der Zeit die beiden Begriffe wohl ineinander aufgehen würden.

Umso größer war die Enttäuschung für den Völkerbund, als in der gleichen Ratsitzung der spanische Vertreter erklärte, daß die Klassifizierung, die in dem Kommissionsbericht enthalten ist, für Spanien eine Deградierung bedeute, mit der es sich nimmer mehr abfinden könnte. Noch größer wurde der Schaden, als nach der Annahme des Berichtes der Studientkommission Brasiliens seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte.

Für Deutschland ist die Austrittserklärung Brasiliens und die Erklärung der spanischen Delegierten; die vom Rat nicht anders als eine Austrittserklärung aufgefaßt wurde, ein politisches Ereignis von schwerwiegender Bedeutung.

Zum zweitemal in diesem Jahre muß Deutschland prüfen, ob es seine Völkerbunds politik auf der bisherigen Linie weiterverfolgen kann. Freilich kann mit dieser Entwicklung der Dinge der ständige Ratslist für Deutschland als gesichert gelten.

Das Geheimnis von Holtenberg.

Roman von Anny von Panhups. Copyright 1925 by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf. (Nachdruck verboten.)

„Ich bedauere aufrichtig, mein gnädiges Fräulein,“ sagte er ernst, „mich Ihnen in dieser Angelegenheit nicht zur Verfügung stellen zu können und rate Ihnen, mit Ihrer Schwester und Ihrem Verlobten über das Objekt Ihres Forschungsdranges zu sprechen. Herr von Holten wird sich sicher bereit erklären, die vermauerte Tür, die wir vermuten, freizulegen.“

Alla zog ein Mäulchen wie Kinder, die etwas essen sollen, was sie nicht mögen.

„Pah,“ machte sie geöhnt, „Albrecht hat in seinen Ansichten und seinem Denken zuweilen Verenas Pomabigkeit, und wenn sie es möglicherweise für pietätlos erklärt, was ich gern möchte, dann findet er es noch pietätvoller. Dann machen beide feierlich ernste Gesichter und erklären mir, ich sei albern.“ Sie schüttelte das kurze Gelock. „Ne, mein lieber Freund, so einfach ist die Geschichte nicht, wie sie sich Ihren Augen darstellt.“

Martin Guttschmid stand erschrocken. Wie eigen war der Ton gewesen, in dem Alla von ihrem Verlobten sprach! Wenn Alla ihn vielleicht nicht so liebte wie er gemeint, wenn —

„Ach weg mit solchen Gedanken, Sünde waren sie, Sünde und Schuld — Albrecht von Holten stand ihm freundschaftlich nahe. Alla kann. Die verborgene Tür ließ ihr keine Ruhe. Aber Martin Guttschmid würde ihr nicht helfen, davon war sie überzeugt. Martin Guttschmid nicht, aber Albrecht und Verena wahrscheinlich auch nicht. Sie mußte damit rechnen, daß beide zwar das Alchimistengemach mit großem Interesse betreten, ihr im übrigen aber wohl erklären würden, sie fühlten sich nicht berufen, Mauern einzureißen.“

Sie sah im Geiste schon Albrechts Lächeln, mit dem er sie absfertigte, wenn er sie kindisch fand.

Und in letzter Zeit war das ziemlich häufig vorgekommen. Dem möchte sie sich nicht aussetzen.

Und ein Geheimnis mit sich herumzutragen, war eigentlich unendlich reizvoll. Vorläufig brauchten Verena und Albrecht weber etwas von diesem Raume hier zu wissen, noch von der zugemauerten Tür.

Allerdings besah sie jetzt einen Mitwisser.

Sie äugte beim matten Glaserlinsenchein zu Martin Guttschmid auf.

„Ich will Sie also nicht dazu verführen, hier Einbrecher zu spielen,“ sagte sie leise, „aber ich bitte Sie, unser gemeinschaftliches Geheimnis niemand zu verraten. Auch meiner Schwester und meinem Bräutigam nicht. Später erzähle ich es ihnen selbst. Jetzt macht es mir Spaß, es noch ein Weilchen für mich zu behalten. Weshalb? Ich weiß es selbst nicht — aber man braucht ja auch schließlich nicht immer zu wissen, weshalb man dies oder jenes tut, wenn es einem so am besten paßt.“

Martin Guttschmid mußte über diese unlogische Rede lächeln, aber er ver sprach, das Geheimnis, in das sie ihn eingeweiht, seinem Menschen ohne vorherige Erlaubnis zu verraten. Er ahnte nicht, was in Allas phantastischem Köpchen vorging, sonst würde er das Versprechen kaum gegeben haben. So aber gab er es und sah dabei in die schönen, großen Augensterne, die in dieser Morgenbeleuchtung einen ganz eigenen Glanz hatten. Sein Herz schlug schwer und wehrend. In seinen Armen würde es, heben wollten sie sich und das holde Menschenkind fassen und festhalten in der süßen Taumelheit einer gelobten Glücksmminute.

Und durften sich doch nicht heben, durften das liebliche Mädel nicht halten, nicht eine einzige kurze Minute.

Wie einen Narren würde ihn Alla Lohmann zurückstoßen, und verachten würde sie ihn, verachten —. Das aber wäre dann wie ein Brandmal gewesen bis ans Ende seiner Tage.

Langsam folgte er Alla wieder hinaus in den roten Saal, wo Hector seiner geliebten Herrin schweißbedend entgegenstürzte.

„Sie hatten keinen Augenblick zu früh das geheime Gemach verlassen; denn vom Fenster aus sahen sie eben Albrecht von Holten von seinem Austritt heimkehren.“

XX.

Verena hatte allerlei Wichtigkeiten für Alla. Sie sah bei Alla in deren hübsch ausgestatteten Zimmer und berichtigte: „Dein Brautkleid wird ideal! Es ist hübsch wie ein Traum. Und dein Reifekleid ist sehr, sehr lieb und vornehm. Du mußt Albrechts Mütter dankbar sein, denn sie hat vorzüglichen Geschmack bewiesen.“

Sie legte den linken Arm um die Schultern der neben ihr sitzenden Schwester.

„Kleines, es ist doch ein eigenes Gefühl für mich, wenn ich mir vorstelle, binnen kurzem wirst du Frau sein. Manchmal will es mir gar nicht in den Kopf, daß die „wilde Summel Alla“ eine ruhige und vernünftige Hausfrau wird, die sich eines Tages sicher mit einem kleinen Lächeln daran erinnert, daß sie noch vor kurzem kein größeres Vergnügen konnte, als in Polen wie ein echter, rechter Bengel auf dem Rade tolle Fabriken zu unternehmen oder kleine Streiche auszubeden.“

Sie bläute siebenvoll auf die junge Schwester.

„Wie gut, daß wir durch deine Heirat nicht räumlich getrennt werden, es würde mir sehr schwer geworden sein, dich herzugeben. So aber bleiben wir zusammen.“

Alla neigte den Kopf. „Das ist eigentlich das Allerhöchste an meiner Heirat,“ sagte sie voll tiefer Überzeugung.

Verena lächelte nachsichtig.

„Gewiß, unser Zusammensein macht dich froh wie mich, aber wenn das nicht wäre, würde deine Schwesterliebe doch schnell und willig zurückweichen vor der Liebe zu dem Manne, dem du dich fürs ganze Leben zu eigen geben willst.“

Über Allas Gesichtchen lagerte sich Nachdenken.

„Ich weiß nicht,“ sagte sie leise und zögernd, „ob ich dich um Albrechts willen zurückziehen würde.“ Sie drückte sich fest in Verenas Arm. „Ich glaube, wenn Albrecht irgendwo weit von hier wohnte und ich dich nur selten wiedersehen könnte, ich hätte mich doch sehr befohlen, ehe ich meine Braut geworden wäre.“

„Närren!“ Verena streichelte das braune Lockenhaar der geliebten Schwester. „Du würdest dich nicht befohlen haben, denn die Liebe zum Manne ist tausendmal größer und kraftvoller als Schwesterliebe, ist stärker als die Liebe zu Vater und Mutter. Du weißt doch, schon in der Bibel heißt es: Das Weib soll Vater und Mutter verlassen und dem Manne nachfolgen.“

Träumend blickten ihre Augen und ein weiches, schönes Lächeln hing wunderbar um ihren Mund.

Alla schnippte leicht mit den Fingern.

„Das klingt poetisch, aber dafür ist's auch aus der Bibel. Der Wirklichkeit wird es wohl anders sein. Ich könnte mir zum Beispiel gar nicht vorstellen, daß ich wegen Albrecht von Vater und Mutter fortgehen könnte.“ Sie brach ab, sagte leise, lehnfüchtig: „Ach, wenn die Eltern noch lebten, wie schön wäre das!“

Niemals würde sie die Eltern verlassen haben, um Albrecht von Holten zu folgen.

Weshalb fiel ihr plötzlich Martin Guttschmid ein, weshalb sahen seine Augen sie plötzlich mit so tiefem, zwingendem Blick an?

Das Weib soll Vater und Mutter verlassen und dem Manne nachfolgen —. Die Frau, die Martin Guttschmid einmal zum Traualtar führte, die — ja die konnte das wohl tun, ging es ihr durch den Sinn.

Ihre Wangen färbten sich rot, als hätte man sie bei unerwartem Tun ertappt. Sie stellte eine ganz nebenläufige Frage: sprang auf und eilte dem Ofen entgegen, der eben eintrat.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland hat erklärt, dass es nunmehr auf seinen ständigen Rat unter allen Umständen verzichten werde. Auch Spanien hat zu erkennen gegeben, dass es keinerlei Schritte unternehmen werde, die gegen eine Aufnahme Deutschlands als ständiges Mitglied der Völkerbundorganisation zu Präzedenz und Spanien kann es Deutschland nicht ablehnen, wenn die beiden Mächte entschlossen sind, sich nicht abzurufen zu lassen, zu der Zeit, die Deutschland seine Arbeiten in ihm beginnen will. Auch bedauert Deutschland die Unmöglichkeit des Verbandes mit den drei bedeutendsten Mitgliedern dem Verbande die weitere Gefolgschaft zu verleihen.

Die am schwersten zu ertragende Krise der Verbandskrise für Deutschland aber ist, dass Kräfte am Werke sind, die ihm die Schuld an der Krise aufbürden wollen. Hier und dort auf der Welt sieht man das Bestreben, Deutschland als den Störenfried erscheinen zu lassen, der die in höherem Eintracht im Völkerbund verammelten Völker zu entweichen bemüht ist. Eine Schuldfrage menschlicher Art.

Gewis hat der brasilianische Vertreter, der vor dem Völkerbund den Austritt Brasiliens verkündete, den bevorstehenden Eintritt Deutschlands beklagt. In einer Schrift über die brasilianische Völkerbundbesetzung Montarrons unlängst in Genf hat erschienen lassen (le Pressé et la Crise de la Société des Nations en 1926) ist Deutschland der wenig verdeckte Vorwurf gemacht, dass es unerschütterlich das Verlangen nach als ständiges Mitglied Aufnahme als ständiges Mitglied gestellt habe. Deutschland habe ganz genau gewußt, dass Brasilien spätestens mit ihm als ständiges Mitglied in den Völkerbund aufgenommen werden sollte.

Bei auch das offizielle Spanien niemals Deutschland gegenüber Vorwürfe erhoben, so ist doch ein Teil der spanischen Presse zu den Tönen des Vorwurfs abgestimmt. Die in Madrid erscheinende „Epoca“ hat in einem Leitartikel vom 6. Juli: Auf Spanien und Brasilien wird jetzt Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erfolgen.

Viel weiter gehen natürlich Pariser Blätter. Ein „Temps“ Artikel vom 27. Juni führt aus, dass Deutschland als Gegner der Reorganisation des Völkerbundes die ganze Welt verstimmt habe. Die Haltung Deutschlands habe die Enttäufung Polens und die Schwierigkeiten mit Brasilien und Spanien heraufbeschworen. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die amerikanischen Nationen sich an der Genfer Institution desinteressieren und die panamerikanische Union zu einem amerikanischen Völkerbund im Gegensatz zum europäischen sich zu entwickeln begännen.

Auch ein Teil der italienischen Presse ist sehr unzufrieden darüber, dass angeblich infolge der deutschen Widerpenigkeit zwei lateinische Schwestern sich zum Völkerbund zurückgezogen haben. Ein „Secolo“ Artikel wirkt sogar die Frage auf, ob Italien den Eintritt Deutschlands, das antitalienische Politik treibe, in den Völkerbund zulassen dürfe.

Die Deutschland gemachten Vorwürfe widerlegen sich sehr einfach. Deutschland hat die Völkerbundkrise durch seinen Aufnahmeantrag wohl ausgelöst, sie aber nicht verschuldet. Die Krise ist in Folge des Völkerbundes entstanden und ureigenste Angelegenheit des Völkerbundes. Deutschland hatte und hat keine Möglichkeit, irgendwelchen Staaten ständige Ratsitze zu verweigern oder zu verlagern; es ist eine historische Tatsache, dass der Völkerbund erst im März 1919 die Aufnahme Brasiliens und Spaniens als ständige Ratsmitglieder nicht hat entscheiden können, und daß die Sache weder durch den Verlauf der Studienkommission noch durch die Sitzung des Rates geändert werden ist.

Ansehens ihrer öffentlichen Unbearbeitbarkeit müssen die gegen Deutschland erhobenen Anschuldigungen in besonderer Weise verstanden werden. Soweit aber die von einem Teil der ausländischen Presse behaupteten Fälschungen des Textes darauf ausgehen, Deutschland in die Völkerbundskrise hineinzuverwickeln, werden sie fehlgeschlagen. Die Verwicklung für Deutschland ist groß, die Völkerbundverdrüssenen Staaten durch besonderes Entgegenkommen seiner freundschaftlichen Gesinnung zu versichern. Aber Deutschland kann und darf das nicht verhehlen wollen, wo es nicht gelebt hat. Außer Spanien und Brasilien haben Polen, China, Persien und auch Belgien Ansprüche auf ständige Ratsitze angemeldet. Würde Deutschland dem einen oder anderen Staat das Versprechen geben, seine Wünsche nach einem ständigen Ratsitz zu späterer Zeit zu unterstellen, so würde es sich mangelschlüssig die übrigen Staaten zu Feinden machen.

Es bleibt die Frage zu erörtern, ob die aus der Völkerbundskrise erwachene Krise es geraten erscheinen läßt, daß Deutschland seinen Aufnahmeantrag zum Völkerbund zurückzieht. Ohne historische Unterstellungen anstellen zu müssen, kann gesagt werden, daß es völlig verkehrt wäre, wenn Deutschland diesen Schritt tun wollte. Den in der ausländischen Presse gegen Deutschland geführten Angriffe, mögen sie auch hin und wieder offiziösen Einschlag haben, ist bei aller Wertschätzung nicht die Bedeutung zuzumessen, daß sie zum Verkauf zwängen. Die meisten Staaten, die sich uns zuliebe jeder Erweiterung des Rates entgegenstellen haben, würden unsere Abkehr vom Völkerbund gerade jetzt, wo der Weg für Deutschland frei gemacht ist, als eine Desavouierung empfinden. Ein desinteressent Deutschland vom Verbands würde auch nicht als ritterlicher Verzicht, sondern als Ausfluß wankelmütiger und unehrlicher Gesinnung genommen werden. Nur Stetigkeit kann der deutschen Politik Erfolg bringen. Deutschland wird den eingeschlagenen Weg nach Genf gerade und aufrecht weitergehen.

Deutschland.

Die preußische Regierung und die Hohenzollern

Berlin, 23. Juli. Nach dem Amtlichen preußischen Presseamt antwortete Ministerpräsident Braun dem Generaloberbefehlshaber des vormaligen Königshaus auf dessen Schreiben vom 4. Juli: Die preußische Staatsregierung vermöge nicht anzuerkennen, daß die Vertretung des vormaligen Königshauses in den letzten Jahren unablässig beschriebt gewesen sei, die Vermögensauseinandersetzung auch unter weitgehenden Verzicht im Wege der Verständigung durchzuführen. Die Bemerkung, daß die Verzicht des vormaligen Königshauses bis zur Preisgabe von 89 Prozent der Vermögensmasse gegangen seien, lasse außer acht, daß die Vermögensmasse erhebliche Werte einschließe, die Staatseigentum seien und daß die kapitalisierte Kronverpflichtung (187,5 Millionen) aus der Berechnung ausgeschlossen müsse, ferner daß die Vermögensmasse sehr große Werte enthalte, die der Staat aus öffentlichen Gründen in Anspruch nehmen müsse, deren Unterhaltung ihm aber bereits erhebliche Kosten verursacht habe und weiter veranschlagt werde, ferner, daß dem vormaligen Königshaus bereits erhebliche Kapitalzahlungen zugesprochen seien und daß den Nebenlinien beträchtliche Vermögenswerte zugesprochen seien. Nur Verhandlungen, die an das Ergebnis der Beratungen des Reichstags über den Entwurf des Reichsgesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormaligen regierenden Fürstentümern anknüpfen, könnten jetzt noch in Frage kommen. Zu solchen Verhandlungen sei die preußische Staatsregierung bereit.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund

Berlin, 23. Juli. Wie der Londoner Vertreter der „Boston Post“ aus diplomatischen Kreisen erfahren haben will, soll Deutschland Anfang September in der ersten Sitzung des Völkerbundes und des Völkerbundesrates zum Mitglied des Bundes und zum ständigen Mitglied des Rates gewählt werden und zwar ohne vorhergehende Verhandlungen, einfach auf Grund eines Antrages des Vorsitzenden der sogenannten ersten Kommission, der darauf Bezug nehmen wird, daß bereits im März seitens dieser Kommission festgestellt und der Vollversammlung mitgeteilt worden sei, daß Deutschland die Voraussetzungen der Wählbarkeit erfüllt habe.

Der Berliner Eindruck der Rede des polnischen Außenministers

Berlin, 23. Juli. In politischen Kreisen werden die Ausführungen des polnischen Außenministers über die deutsch-polnischen Beziehungen stark beachtet. Man weist darauf hin, daß gerade die gegenwärtigen Niederlassungs- und Zollverhandlungen die beste Gelegenheit böten, die anerkanntswerten Worte des Außenministers über die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung in die Tat umzusetzen. Bisher habe es Polen besonders in der Niederlassungsfrage an Verständnislosigkeit nicht fehlen lassen.

Die „Kote Fahne“ verboten

Berlin, 23. Juli. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik hat der preußische Innenminister am 22. Juli die „Kote Fahne“ auf die Dauer von 2 Wochen verboten. Das Verbot bezieht sich auf ein am 13. Juli in der „Koten Fahne“ veröffentlichtes Gedicht, welches ungeheure Beleidigungen gegen den Reichspräsidenten enthält. Die konträre politische Zeitschrift „Der Knüttel“, aus der die „Kote Fahne“ das Gedicht übernommen hatte, wurde auf 3 Monate verboten. Das Verbot erfolgte auf eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Der Reichsinnenminister Dr. Kull hatte sofort an das preußische Innenministerium das Ersuchen gerichtet, den „Knüttel“ auf 3 Monate und die „Kote Fahne“ auf 2 Wochen zu verbieten. Das preußische Innenministerium stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß eine Herabwürdigung der republikanischen Staatsform im Sinne des Republikshutgesetzes nicht gegeben sei und daß ein Strafmandat vom Reichspräsidenten selbst ausgehen müßte. Der Staatsgerichtshof hat aber entschieden, daß der Tatbestand des Republikshutgesetzes unabweisbar gegeben und ein Verbot der beiden Druckschriften daher gerechtfertigt sei.

Ausland.

Das Urteil des deutsch-polnischen Korridor-Schiedsgerichts

Danzig, 23. Juli. Das deutsch-polnische Korridor-Schiedsgericht trat unter dem Vorsitz des dänischen Generalkonsuls Harald Koch zur Urteilsverkündung über die Ursachen der Eisenbahnkatastrophe bei Preußisch-Stargard in der Nacht zum 1. Mai 1925 zusammen. Das Gericht hat endgültig dahin entschieden, daß die von deutscher Seite gerügte mangelhafte Unterhaltung der Eisenbahntreide Dirschau-Firschau nicht vorliege. Der deutsche Antrag wurde deshalb in vollem Umfange abgelehnt, wobei sich das Gericht auf das neutrale Obergutachten des Direktors der holländischen Staatsbahnen, Ingenieur Geffertanus stützte, der das Unglück auf ein Unachtsamkeit zurückführt. Außer diesem neutralen Obergutachten haben zwei lokale Besichtigungen, mehrere Zeugenberichte sowie Erklärungen zahlreicher deutscher und polnischer Eisenbahnbediensteter stattgefunden.

Raoul Péret zum Kammerpräsidenten gewählt

Paris, 23. Juli. Zum Nachfolger Herriots wurde gestern nachmittags von der Kammer Raoul Péret im zweiten Wahlgange mit 227 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Der sozialistische Kandidat Bouisson, Vizepräsident der Kammer, erhielt 215 Stimmen. Herriot hatte eine Wiederwahl entschieden abgelehnt, da er sich seine politische Handlungsfreiheit wahren wollte.

Annahme der Verfassungsreform in Polen

Warschau, 23. Juli. In dritter Lesung wurde die Gesetzesvorlage über die Verfassungsänderung mit 250 gegen 95 Stimmen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die Sozialisten, die Juden und die slowakischen Minderheiten. Die radikalen Bauernparteien, die in zweiter Lesung gegen das Gesetz gestimmt hatten, stimmten in dritter Lesung für das Gesetz und beschworen auf diese Weise die drohende Krise.

Massenverhaftungen wegen Spionagedachts in Polen

Warschau, 23. Juli. Die polnische Polizei hat in den letzten Tagen in den Städten Krakau, Przemyśl und Stanislaw zahlreiche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Die Zahl der Verhafteten beträgt bis jetzt über 100 Personen, die den Kreisen der ruthenischen Studentenschaft angehören. Sie stehen unter dem Verdacht, im Dienste einer weitverzweigten Organisation zu Gunsten zweier Nachbarstaaten Spionage betrieben zu haben. Die Untersuchung wird voraussichtlich einen noch größeren Umfang annehmen. Die bisherigen Ergebnisse werden geheimgehalten.

Polnische Kriegsvorbereitungen gegen Litauen

Moskau, 23. Juli. Die „Izwestija“ und „Pravda“ bringen eine Meldung aus Minsk vom 20. Juli, wonach zufolge dort eingegangener glaubwürdiger Nachrichten der polnische Generalstab gegen Litauen gerichtete Kriegsvorbereitungen an der Demarkationslinie der litauisch-polnischen Grenze trifft. Mit französischen Gewehren versehen und von Instruktionen-offizieren geführte Pabfinder, schätzungsweise 8000 Mann, sollen bei den Stationen Ignalin, Vinkmen und Kallinen eingetroffen und auf der Demarkationslinie verteilt worden sein. Aus polnischen Quellen verlautet, daß Polen hiermit eine Versuchung gegen Litauen längs des ganzen Demarkationsgebietes vorbereite in der Absicht, einen Aufstand polnischer Bewohner Litauens gegen den litauischen Grenzschutz hervorzuwerfen, um dann diese Aufständischen als litauische Späher zu erklären, die Litauen angreifen und mit denselben aufständischen Polen Kriegshandlungen gegen Litauen zu beginnen.

Zur Anschlussfrage Kanadas an die Vereinigten Staaten

London, 23. Juli. Der Schriftleiter der „Boston Post“, der größten Morgenzeitung in den Vereinigten Staaten, wirft in der „Daily Mail“ die Frage auf, wie sich die englische Öffentlichkeit zu einem evtl. Anschluss Kanadas an die Vereinigten Staaten stellen würde. Von dem ehemaligen Gouverneur des Staates Massachusetts, Cox, sei vorgeschlagen worden, daß die Vereinigten Staaten in einem solchen Falle als Gegenleistung die britischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten streichen oder zum mindesten beträchtlich herabmindern sollen. Viele Leute in den Vereinigten Staaten vertreten die Ansicht, daß die Beseitigung der Zollschranken durch einen Zusammenschluß der beiden Länder einen großen Kapitalfluß nach der kanadischen Industrie zur Folge haben würde.

Der Hauptstützpunkt der Druzen erobert

Paris, 23. Juli. Aus Beirut wird gemeldet, daß es den französischen Streitkräften durch ein großzügiges Umfassungsmanöver gelungen ist, die Dase von Ghouta, den Hauptaufsichtsort der Druzen, zu umzingeln und zu besetzen. 150 Druzenkrieger wurden getötet, während 286 Gefangene und 70 Geiseln den Franzosen in die Hände fielen.

Aus Baden

Die Aufwertung der gemeindlichen Anleihen und Sparguthaben in Baden

Aus der Presseabteilung der badischen Regierung wird uns geschrieben:

Durch die in den letzten Wochen veröffentlichten Durchführungsanordnungen zur Abföhung der Markanleihen der badischen Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Aufwertung von Sparguthaben bei öffentlichen Sparkassen sind die Vorbereitungen auch auf diesen Gebieten der Aufwertung im wesentlichen abgeschlossen. Die Schuldner werden nunmehr an die Durchführung der Aufwertung und Abföfung herantreten können.

Die Gläubiger aus Markanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände müssen dabei beachten, daß sie ihre Ansprüche als Altbesitzer binnen einer dreimonatigen, am 1. August 1926 beginnenden und am 1. November 1926 endenden Ausföfungsfrist durch Anmeldung ihrer Markanleihen zum Umtausch und durch die Stellung eines Antrages auf Gewährung von Ausföfungsrechten geltend zu machen haben. Der Begriff des Altbesizers ist hier der gleiche wie bei der Abföfung der Markanleihen des Reichs und in der Hauptsache dort gegeben, wo ein Gläubiger die Markanleihen, aufgrund deren er seine Ansprüche erhebt, bereits vor dem 1. Juli 1920 erworben und seither ununterbrochen im Besitz gehabt hat. Ebenso sind auch die Rechte, die aus diesem Altbesitz erwachsen, im wesentlichen die gleichen wie bei den Markanleihen des Reichs: Die Höhe von 2,5 v. H. des Goldwerts der Markanleihen auszugebenden Abföfungsanleihen wobei bei den Altbesitzern regelmäßig innerhalb dreieinhalb Jahren mit dem fünffachen Nennwert eingelöst und bei der Einlösung für die Zeit vom 1. Januar 1926 ab mit 5 Prozent verzinst. Ein Recht auf Bonusrenten besteht dagegen hier nicht. Der Neubesitz begründet auch hier vorerst weder ein Recht auf Tilgung noch auf Verzinsung. Die Bestimmung einer Frist für seine Anmeldung bleibt späterer Regelung vorbehalten.

Anmeldung und Antrag bezüglich solcher Markanleihen haben auch hier regelmäßig durch eine Vermittlungsstelle zu erfolgen, als welche Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften nach freier Wahl der Gläubiger in gleicher Weise wie für die Abföfung der Reichsanleihen bestimmt sind. Die Vermittlungsstellen sind in der Lage und bereit weitere Auskunft zu erteilen.

Für die Aufwertung der Sparguthaben gegenüber den öffentlichen, d. h. den mit Gemeindebürgerschaft versehenen Sparkassen bedarf es regelmäßig einer Anmeldung nicht. Nur dort, wo der Gläubiger Ansprüche geltend machen will, die sich nicht ohne weiteres aus den Büchern der Sparkasse ergeben, also etwa wo er einen Vorbehalt bei Annahme einer früheren Zahlung behauptet oder Ansprüche darauf gründet, daß sein Guthaben der aufwertungsrechtlichen Sparkasse von einer anderen Sparkasse überwiesen worden ist, müssen diese erweiterten Ansprüche durch Anmeldung bei der Sparkasse geltend gemacht werden. Die Anmeldefrist hierfür hat mit dem 3. Juni 1926 zu laufen begonnen und läuft am 1. Oktober 1926 ab.

Der Aufwertungssatz für Guthaben bei öffentlichen Sparkassen beträgt regelmäßig 12,5 v. H. des Goldwerts des Guthabens, erhöht sich jedoch, wenn eine der für die Sparkasse bürgenden Gemeinden ihren eigenen Gläubigern höher als 12,5 v. H. aufwertet auf den gleichen Satz. Einzahlungen und Auszahlungen, die nach dem 14. Juni 1922 geschehen sind, bleiben grundsätzlich unberücksichtigt, jedoch wird der Goldwert der nach dem genannten Tage geschehenen Auszahlungen von dem Aufwertungsbetrag abgezogen. Die aufgewerteten Guthaben sind für die Gläubiger bis zum 1. Januar 1927 unkündbar, werden jedoch vom 1. Januar 1927 bis 1. Januar 1932 mit 3 v. H. vom 1. Januar 1932 ab mit dem für Spareinlagen bei der gleichen Sparkasse üblichen Zinssatz verzinst. Vom 1. Januar 1932 an kann die Hälfte, vom 1. Januar 1940 an der Rest des Guthabens nach Maßgabe der Sakungsbestimmungen gekündigt werden. Bedürftige Personen, insbesondere solche über 60 Jahre soll auf Antrag der Aufwertungsbetrag bereits innerhalb eines Jahres, von dem Beginn des Kalendervierteljahres gerechnet, das auf die Antragstellung folgt, ausbezahlt werden. Streitigkeiten, die zwischen dem Gläubiger und der Sparkasse über die Aufwertung entstehen, entscheiden die ordentlichen Gerichte.

Badischer Landtag

Karlsruhe, 22. Juli. In der Einzelberatung des Budgets des Innenministeriums wünscht Frau Abg. Richter (Bürger. P.) Wiederbesetzung der Stelle von Fr. Oberregierungsrat Dr. Baum. Abg. Mann (Ztr.) setzt sich für weitergehende Unterstützung des Fischereiwesens durch Errichtung von Fischbrütanstalten, für Ausdehnung des Fischereischutzes und Vervollständigung der Fischereivereinbarung für den Ober- und Untersee ein. Abg. Seibert (Ztr.) verwendet sich für die Interessen der Fischer im Bezirk Labr. Abg. Frau Fischer (Soz.) bezweifelt den Wert der Anpflanzung. Obermedizinalrat Dr. Kaumann äußert sich über die Impfschutzbestimmungen. Präsident Dr. Baumgarten ermahnt die Abgeordneten, Selbstzucht zu üben, es seien nicht weniger als 37 Redner zum Budget des Innern gemeldet. Gehe der Redefluß so weiter, so würde man noch den ganzen August tagen müssen. Abg. Ritter (Komm.) fordert Abbau des Beamtenapparates von oben herunter, Beseitigung der Nebeneinanderhaltung und Verringerung der Gehaltsklassen. Abg. Perle (Bürger. P.) wünscht mehr Staatsbeihilfen an bedürftige Gemeinden. Minister Kemle erklärt das für nicht angängig. Frau Fischer (Soz.) erbittet einen Zuschuß für den Arbeiter-Lamariterbund. Der Minister erklärt, daß dem Wunsch Rücksicht getrauen werden solle. Abg. Schred (Komm.) spricht zur Behauptung und erhält eine Rüge wegen des Ausdrucks „Maulen“, den er auf einen Zwischenruf gebrauchte.

Nachdem der Minister gegenüber dem Abg. Schred betont hatte, daß weder Staat noch Gemeinden es an der Ausbildung der Beamten fehlen ließen und auch Frau Seibert (Ztr.) sich mit dem Behauptungsbetrag beschäftigt hatte, wurden die Ausgaben des ordentlichen Etats erledigt.

Beim außerordentlichen Etat begrüßt Kühn (Ztr.) die Anfordernng von 320 000 M. zur Förderung des Luftverkehrs und wünscht, daß die großen internationalen Luftlinien nicht an Baden vorbeigeführt würden. Besonders Karlsruhe sei vor allem an der bedeutsamen Nord-Süd-Linie interessiert. Dr. Hoffmann (Ztr.) tritt für größere Berücksichtigung Freiburgs beim

Zustufte ein und ist erkreuzt über den Anstich nach Stuttgart sowie über den für Freiburg ersetzten Rundfunksender.

Innenminister Kemmle bemerkt, daß für den Luftverkehr in der Hauptsache wohl Kaufleute als Dauerfrequenzen in Frage kämen. Die Not der Fremdenindustrie liege an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Deutsche suchten jetzt massenhaft französische Seebäder usw. auf. Für den Flugverkehr könne der Staat nicht viel mehr Geld aufwenden, sondern müsse sein Hauptaugenmerk darauf richten, daß bei großen Verkehrslinien die hauptsächlichsten badiischen Städte nicht beiseite geschoben würden. Natürlich könne nicht jede Stadt einen Flugplatz erhalten. Freiburg habe mit Basel zu rechnen und man müsse dafür sorgen, daß es bei einer Linie angeschlossen werde. Pendellinien für kurze Strecken seien zu kostspielig. Der Landesrat müsse von solchen Belastungen freibleiben, da es Sache des Reiches sei, den Flugdienst leistungsfähiger wie die Eisenbahnen zu behandeln.

Abg. Schmittbener (Sa. Vag.) hat für Heidelberg nur den Wunsch einer besseren Verbindung nach Mannheim. Er denkt an die Autostraße.

Die außerordentlichen Aufwendungen zu Titel 4 werden bewilligt. Bei Titel 5 (Polizei und Gendarmerie) bepricht **Abg. Dr. Oberler** (D. Vn.) die Organisation des Landespolizeiamtes. Er macht Vorschläge bezüglich der Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei.

Innenminister Kemmle: Die Tatsache, daß wir in Baden noch 16 unangelegte Morde haben, zeigt, daß wir auf dem Gebiete der Verfolgung von Verbrechen polizeilich nicht auf der Höhe waren. Wir müßten gewisse Aufgaben der Polizei, Erkennungsdienst usw., am Landesrat konzentrieren, um zu verhindern, daß bei der Größe des Landes Material, wie wir sie in Berlin feststellen konnten, die Ueberfälligkeit verloren ginge. Eine Ueberorganisation besteht nicht; auch soll nicht der Versuch unternommen werden, in die Zuständigkeit der Justiz bzw. der Staatsanwaltschaften einzugreifen. Der Minister äußert sich in diesem Zusammenhang über das polizeiliche Feststellungsverfahren und teilt mit, daß sich in neuerer Zeit ein Schießsportverband aufgetan habe, dem der Schießsport nicht Selbstzweck sei, der vielmehr darüber hinaus eine Art von Feldübungen veranlasst. Wenn wir diesen Dingen nachgeben, so sind wir in der Sorge um den Schutz der allgemeinen Ordnung auf dem richtigen Wege. Im übrigen sei ein gutes Verhältnis zwischen Polizei und Staatsanwaltschaften festzustellen.

Die **Abg. Frau Straub** (Dem.) und **Markloff** (Soz.) beschäftigen sich ebenfalls mit Polizeifragen. Ministerialrat **Dr. Barz** teilt mit, daß man auf einer kürzlichen Besprechung zu dem Ergebnis gelangt sei, daß die bewährte Einrichtung der Polizeifürsorge ausgebaut werden soll und man nebenher nicht noch eine weibliche Polizei einführen brauche.

Abg. Schmittbener von der Bürgerlichen Vereinigung erklärt, daß es dem Grundgedanken der Meinungsfreiheit widerspreche, von der Polizei ausnahmslos republikanische Gesinnung zu verlangen. Die Polizei müsse sich in einer reinen lebendigen Art geben, womit sie ihren volksmäßigen Charakter nicht zu verlieren brauche. Unser Volk könne eines gesunden militärischen Sinnes nicht entbehren, nicht um Krieg zu führen, sondern um seiner Würde und Ansehens willen. Dem Polizeietat stimme man zu, weil der Staat ein starkes Instrument gegen die von links drohenden Gefahren brauche. **Abg. Ritter** (Komm.) lehnt die Anforderungen für die Polizei ab, in der er eine Schutztruppe der Kapitalisten erblickt. Innenminister **Kemmle** gibt der Erwartung Ausdruck, daß in Folge der Tshato eingeführt werden kann. Er stellt den Kommunisten gegenüber fest, daß die Polizei in keinem einzigen Fall in einen Lohnkampf einbezogen habe. Bei größeren Veranstaltungen, wie Straßenrennen usw. sollen künftig die Veranstalter die Kosten des Polizeieinsatzes tragen. **Abg. Lang** (Bura. Vag.) tritt der Auffassung entgegen, daß in den Kleinstadtkommunistenvereinen Politik getrieben werde. **Abg. Frau Richter** (Sa. Vag.) findet anerkennende Worte für die Tätigkeit der Polizeifürsorge. **Abg. Wolfhard** (Dem.) meint, im Zeitalter des Autos und Luftverkehrs sollte man keine britischen Schulleute an den Bahnhöfen aufstellen.

Die Anforderungen für Polizei und Gendarmerie werden nach weiterer unpolitischer Debatte bewilligt.

Karlsruhe, 23. Juli. (Vom Badischen Grundbesitzerverband.) Der bisherige Geschäftsführer des Badischen Grundbesitzerverbandes **Dr. v. Engelberg-Reute** wurde zum geschäftsführenden Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer ernannt. An seine Stelle wurde als geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Badischen Grundbesitzerverbandes einstweilen **Fehr**. Kurz **Rüdt** von **Collenberg-Köppel** beauftragt.

Karlsruhe, 23. Juli. (Zum Schlussschwert.) In der Generalversammlung des Badenwertes vom 20. Juli sprach der Aufsichtsratsvorsitzende **Präsident Dr. Paul** über das geplante Schlussschwert. Ein beliebiger Einwand gegen das Schlussschwert sei die Behauptung, daß in dem Schlussschwertgebiet Schäden von sehr großem Umfang entstanden, die zum Teil die Landwirtschaft und die Industrie zum Erliegen bringen müßten. Diese Befürchtungen seien übertrieben. Das Badenwert sei bereit, die Schäden nach Recht und Billigkeit auszugleichen. Namentlich sei hervorzuheben, daß das zur Anfechtung der Wiesen, sowie zur Fabrikation erforderliche Wasser auch nach dem Ausbau des Wertes zur Verfügung stehen werde. Die düngende Wirkung der Wässerung solle durch unentgeltliche Lieferung von Kunstdünger ersetzt und die eingehenden Wassertriebwerke durch unentgeltliche Lieferung elektrischer Arbeit abgelöst werden, wie es im badiischen Wassergesetz vorgesehen sei. Selbstverständlich müsse übertriebenen Anforderungen entgegengetreten werden. Doch soll in keiner Weise kleinlich verfahren werden. Im äußersten Falle habe über die Höhe der Entschädigung das Gericht zu entscheiden.

Hofweier (Amt Offenburg), 23. Juli. (Unglücksfall.) Durch einen unglücklichen Zufall büßte hier der 27 Jahre alte ledige Arbeiter **Georg Ehret** sein Leben ein. Er hatte einen alten Revolver, den er reparieren wollte. Plötzlich ging aus der Waffe, die noch mit einigen Kugeln geladen war, ein Schuß los und traf Ehret so unglücklich in den Kopf, daß er sofort tot war.

Aus dem Hällental, 23. Juli. (Erschließung der Burgruine Falkenstein.) Die Burgruine Falkenstein (Kaubritterhof) ist vom Schwarzwaldverein freigelegt worden; jetzt wurde auch ein Fußweg angelegt, der von der Hällentalstraße zur Ruine hinaufführt, sodas wieder ein Stück Hällentalromanik erschlossen wurde.

Aus Stadt und Land

Zum Sonntag Sonntage

So viele Tage im Leben können Sonntage sein, weit mehr, als wir nur denken. Wie oft schon hörte man jemand sagen: Mit was soll ich nur den Tag, die Zeit totschlagen? Ach, das ist ein häßliches Wort, und zeigt dazu noch an, wie hohl und leer ein solcher Mensch ist. Totschlagen, nein das brauchen wir weder Tag noch Zeit. Die essen von selbst schnell, nur zu schnell davon. Nützen müssen wir die Tage, Sonntage aus ihnen machen, wirkliche Sonntage für Leib und Seele. Jeder Mensch kann es tun, es kostet kein Geld, es gehört nur ein guter Wille dazu.

Vernein wir doch einmal Sonne, Wärme, Liebe um uns verbreiten, wie schnell kommen da die Sonnenstrahlen. Der Alltag ist dann schon nicht mehr so buntel, selbst der schwerste Tag, hat noch eine Lichtseite; man muß sie nur suchen, sie läßt sich finden. Und ist es anfangs auch nicht möglich, in den eigenen Wänden Sonne zu finden und zu verbreiten, so geht hinaus in die Natur, dort ist Sonne, auch wenn sie nicht vom Firmamente scheint. In jedem Blümlin, in jedem Zwischern der Bäume, überall ist ein Sonnenstrahl verborgen, der aufblüht, sobald man nach ihm sucht.

Ferien

Man reist nicht, um anzukommen, sondern um zu reisen.
Goethe.

wie sah es alles erste Kennenlernen,
du lebst so lange nur, als du entdeckst.
Doch sei getrost: unendlich ist der Text,
und seine Melodie geht aus Sternen.

Morgenstern.

Einigkeit in der offenen Natur, das ist der Prüfstein
des Gewissens.
Kleist.

Durlach, 23. Juli. Heute nachmittag 3 Uhr stürzte ein 16 Jahre alter Blechenerlehrer, welcher mit Reparaturarbeiten am Dachstuhl des Hauses Ettingerstraße 17 hier beschäftigt war, aus 7 Meter Höhe in den zementierten Hof, wobei er glücklicherweise, soweit sich bis jetzt feststellen ließ, keine schwereren Verletzungen davontrug; er wurde mittels Krankenauto ins hiesige Krankenhaus verbracht.

Durlach, 23. Juli. In einem hiesigen Fabrikbetriebe kam ein verheirateter Schlosser von hier beim Arbeiten mit einer Bandsäge zu nahe an das Sägeblatt, sodas er von diesem erfaßt wurde und eine größere Verletzung am linken Unterarm davontrug.

Durlach, 24. Juli. (Union-Theater.) Im Union-Theater spielt bis einschließlich Montag das Großstadtprogramm „Die Venus vom Montmartre“ (Ein Kind der Manège) mit der berühmten Filmschauspielerin **Luza Mara**, ein Großfilm, welcher überall gut aufgenommen wurde. Im Vorprogramm spielen zwei glänzende Lustspiele neben der bekannten Terra-Wochenschau, welche die neuesten Berichte aus aller Welt enthält. Auch dieses hervorragende Programm spielt infolge der großen Geldknappheit zu halben Eintrittspreisen.

— **Eine Warnung für Ferienreisende!** Wir alle erinnern uns des Ausländerstroms, der in den deutschen Inflationen Jahren, besonders 1922 und 1923, durch Deutschland gestutet ist, um von dem Tiefstand der Welt zu profitieren, auf billige Weise Vergnügungsreisen zu unternehmen, und sich an dem sogenannten Ausverkauf Deutschlands zu beteiligen. Jetzt zeigt sich das umgekehrte Bild. Viele Deutsche machen ihre Ferienreisen in das valutarichhaltige Ausland, wo sie infolge der guten Kaufkraft der Mark mit wenig Geld viel Genuß und Vergnügen zu finden hoffen. Die Fahrt nach Paris, der Aufenthalt in einem belgischen Seebad sind in diesem Jahre das Ziel vieler Deutscher. In den letzten Tagen hat es sich aber gezeigt, daß diese Reisen doch nicht immer ein reines Vergnügen sind. In Paris haben sich wiederholt Belästigungen und Beleidigungen von Ausländern ereignet, denen man vorwirft, daß sie aus dem Unglück Frankreichs Nutzen ziehen wollten. Antideutsche Demonstrationen sind ferner in belgischen Seebädern vorgekommen, besonders in Blankenberge, wo beschimpfende Rufe gegen Deutschland ausgehoben, deutsche Zeitungen verbrannt, Protestplakate gegen die „Invasion der Barbaren“ angehängt und von der nationalistischen Presse gegen die Deutschen gehetzt wurde mit der Behauptung, daß die deutschen Badegäste ein aufreizendes Benehmen zur Schau trügen. Infolge dieser schweren Belästigungen, mit denen sich inzwischen der belgische Ministerrat befaßt, hat ein großer Teil der deutschen Badegäste die Rückreise angetreten. Wir geben diese Ausführungen hier wieder, um zu betonen, daß jeder Deutsche sich von vornherein gegen die Gefahr solcher Belästigungen dadurch schützen kann, daß er seine Ferienzeit in deutschen Landen verbringt und damit zugleich der deutschen Wirtschaft Unterstützung zuteil werden läßt. Ohne hin können Millionen von Deutschen, die jetzt ins Ausland streben, ihr eigenes Vaterland nur schlecht und recht, sodas schon aus diesem nationalen Grunde viel angebracht wäre, Ferienfahrten in den an landschaftlichen Reizen und Schönheiten so reichen deutschen Gauen, insonderheit auch des Badenlandes, zu unternehmen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Opfer der Fremdenlegion. Der „Münchener Zeitung“ wird berichtet, daß dieser Tage in München 26 junge reichsdeutsche Leute eintrafen, die vor kurzem aus der französischen Fremdenlegion in Syrien entlassen waren. Die meisten waren unter Vorpiegelungen nach Frankreich gebracht und dort in die Fremdenlegion gestellt worden, um nach oberflächlicher Ausbildung bei den Kämpfen in Syrien Verwendung zu finden. Die Flüchtlinge wurden am Dienstag von München aus nach ihrer Heimat weitergeleitet.

Unterhaltungen bei der Gemeindefasse in Falkenberg. Der Kassierer der hiesigen Gemeindefasse **Karl Werners** hat, wie jetzt festgestellt wurde, große Unterschlagungen durch Fälschungen von Unterschriften und durch Diebstahl von Kennzettel und am Totalisator verloren.

Lebendig verbrannt. Ein 25 Jahre alter Arbeiter aus Steegen bei Danzig geriet in der Nacht zum Mittwoch mit einer Frau in Streit und wurde von einem Landwirt in Schutzhaft genommen. In der Wachtube fing der Straftat, auf dem der Verhaftete lag, Feuer und er verbrannte bei lebendigem Leibe.

Explosionen auf der Zeche Wintershall. Auf der Gewerkschaft Wintershall in Heringen fand eine durch Kohlenstaub verursachte Explosion statt, durch die ein Arbeiter getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Auf der ebenfalls zum Wintershallkonzern gehörenden Gewerkschaft Kaiserroda explodierte ein Ammoniakkompressor; durch das Unglück wurde ein Obergerieur und ein Maschinenmeister getötet und ein Arbeiter verletzt.

Die Kosten des Volkstentzweigs für die Sozialdemokratie. Wie der Vorstand der sozialdemokratischen Partei im „Vorwärts“ bekannt gibt, hat der Volkstentzweig die Partei 2.042.055,91 Mark gekostet.

Großfeuer in einer Textilfabrik. Freitag vormittag 10 Uhr brach in den unteren Räumen der Textilfabrik von **Kubner** in Potsdam Großfeuer aus, das in den Textil- und Kohlenräumen reiche Nahrung fand. Die Feuerwehren von Potsdam, Howawes und Neubabelsberg wurden alarmiert. Der Maschinen- und Rapphaltraum konnten gerettet werden. Die unteren und ein Teil der oberen Fabrikräume sind angebrannt. Nach 1½tündiger Tätigkeit hatte die Feuerwehr den Brand gelöscht, doch ist der Schaden sehr betragslich.

Großfeuer in Wandsbek. Auf dem Gelände der Reichswerke in Wandsbek bei Hamburg war Freitag nacht der rechte Flügel des großen vierstöckigen mit einer Nietenkuppel versehenen Gebäudes in Brand geraten. Es handelt sich um ein Gebäude, in dem eine Nahrungsmittelfabrik betrieben wird. Der betroffene Flügel ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt.

Neueste Nachrichten.

Französische Untersuchung in Gernersheim.

L. U. Berlin, 24. Juli. Nach einer Meldung der „Morg.“ aus Gernersheim weilte vor kurzem der Kommandeur der Besatzungstruppen in Gernersheim, um eine Untersuchung der Vorfälle beim Kriegerfest vorzunehmen.

Empfang der Wiener „Typographia“ im Reichstag. Eine Anschließungsdebatte.

L. U. Berlin, 24. Juli. Zu Ehren des Wiener Buchdrucker-Gesangsvereins „Typographia“ fand heute abend unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe ein Empfang im Reichstag statt. Außer zahlreichen Vertretern der Behörden und dem österreichischen Gesandten **Dr. Frank** war eine große Zahl von Mitgliedern des Deutschen Volksbundes und der Berliner „Typographia“ anwesend. Nach einem Gelangsvortrag der Berliner Sänger ergriff Reichstagspräsident **Löbe** das Wort zu einer Begrüßungsansprache, in der er die Wiener Sänger als die Beauftragten der österreichischen Bundesländer willkommen hieß, die vereint mit den deutschen Brüdern zu einer großdeutschen Republik in den Reichstag eingehen würden. Als Vertreter der Behörden hieß dann der Berliner Volkstagspräsident **Friedenbusch** die Wiener Gäste willkommen. Für die Wiener „Typographia“ dankte Nationalrat **Köbel** für den herzlichsten Empfang. Er wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Bevölkerung Oesterreichs in ihrer großen Mehrheit anschlussfreudig sei und schloß mit dem Rufe: „Es lebe der Anschluss, es lebe die großdeutsche Republik!“ Eine Reihe Gesangsvorträge der Wiener und der Berliner Sänger verschönten die Veranstaltung.

Die Südamerikareise des Reichshanzlers a. D. Dr. Luther.

L. U. Hamburg, 23. Juli. Reichshanzler a. D. **Dr. Luther** tritt am 24. Juli nachmittags mit dem **Sapporo** nach „Argua“ seine Südamerikareise an, die ihn zunächst nach Trinidad und Venezuela führt. Ein Flugzeug der Deutschen Luftflotte wird voraussichtlich den Dampfer „Argua“ bis Curacao begleiten.

Verbot der Dresdener kommunistischen „Arbeiterstimme“.

L. U. Dresden, 23. Juli. Auch die in Dresden erscheinende kommunistische Zeitung „Arbeiterstimme“ ist auf die Dauer von zwei Wochen wegen schwerer Beleidigungen und Schmähungen des Reichspräsidenten verboten worden.

Abberufung polnischer Militärattaches.

L. U. Warschau, 24. Juli. Die polnische Regierung hat heute die Militärattaches in Berlin, Moskau, Rom, London und Tokio abberufen.

Domergue unterzeichnet die Ernennungsdekrete.

L. U. Paris, 23. Juli. In den Wandelgängen des Parlaments wird das Kabinett Poincare günstig aufgenommen. Sämtliche Kammergruppen, außer den Republikanern, den Sozialisten und Kommunisten sind darin vertreten. Nur die beiden letztgenannten Parteien werden gegen die Regierung stimmen, die damit auf eine Mehrheit von ungefähr 400 Stimmen von 580 rechnen kann. Poincare wollte heute abend um 7 Uhr seine Mitarbeiter dem Präsidenten der Republik vorstellen. Bereits um 6,30 Uhr trafen die neuen Minister vor dem Einsee ein. Zuerst erschien der Landwirtschaftsminister **Queuille**, dann **Barthou** und nach ihm **Bohanowsky**, der im Gespräch mit Pressevertretern erklärte, daß es eine der schönsten Taten sei, die er kenne, daß politische Männer, die sich noch unglücklich feindselig gegenüberstanden hätten, heute ausgeöhnt und die Bildung des Kabinetts ermöglicht hätten, wodurch einer gefährlichen Situation abgeholfen worden sei. Tardieu fragte die Journalisten, wie die Oeffentlich-

Kaufen Sie **MAGGI** Suppen-Würfel

und Sie werden zufrieden sein!
Reiche Sortenauswahl. 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfennig.



halt das Kabinett aufnehme und war über die günstige Antwort erfreut. Poincaré erklärte den Journalisten, das neue Kabinett hält sein Versprechen und ist pünktlich. Es wird genau drei Minuten vor 7 Uhr. Alle Minister begaben sich hierauf zum Präsidenten der Republik. Kurz nach 7 Uhr wurde ein Komunique veröffentlicht, in dem es heißt:

Um 7 Uhr hat sich Poincaré ins Elysee begeben, um dem Präsidenten der Republik die endgültige Zusammenfassung seines Kabinetts mitzuteilen. Nachdem der Präsident der Republik die Ernennungsdekrete, die morgen früh im "Journal Officielle" veröffentlicht werden, unterzeichnet hatte, stellte der Ministerpräsident seine Mitarbeiter dem Staatschef einzeln vor. Bei Ausgang der Sitzung erklärte Poincaré, daß ein erster Kabinettsrat morgen nachmittag um 3 Uhr im Finanzministerium abgehalten werde. Wahrscheinlich werden am Sonntag früh und am Montag weitere Kabinettsberatungen anberaumt werden. Am Dienstag tritt ein Ministerrat zusammen, um den Vortritt der Regierungserklärung festzustellen.

Spaltung in der sozialistischen Kammergruppe?
 T. L. Paris, 23. Juli. Unter der Kammergruppe der Sozialisten macht sich eine Spaltung bemerkbar. Der Führer des rechten Flügels, Renaudel, hat eine Erklärung abgegeben, in der er sofort die Einberufung eines Kongresses der sozialistischen Partei zur Entscheidung über die Frage der Teilnahme an der Regierung Poincaré fordert. Ferner sollen die sozialistischen Gewerkschaften einberufen werden, um sich zu derselben Frage zu äußern. Es sei Pflicht der Sozialisten, die Verantwortung unter den gegenwärtigen Umständen mitzutragen, um eine Befriedung der finanziellen Verhältnisse des Landes herbeizuführen. Der linke Flügel der Sozialisten vertritt den entgegengesetzten Standpunkt und lehnt grundsätzlich die Teilnahme an der Regierung ab. Es besteht daher die Möglichkeit, daß der rechte Flügel sich von den übrigen trennen und eine getrennte Stellung einnehmen wird.

Die „Hamburg“ in Yokohama eingetroffen.
 T. L. London, 23. Juli. Einer Meldung aus Tokio zufolge ist der deutsche Kreuzer „Hamburg“ zu einem sechs-tägigen Besuch in Yokohama eingetroffen, wo er von hohen Offizieren der japanischen Flotte festlich empfangen wurde. Zu dem Festprogramm des Besuchs wird auch ein Besuch beim japanischen Prinzregenten gehören.

Bekanntmachung.

Nach Grund der §§ 37, 76 der Gewerbeordnung und § 114 Abs. 1 der Vollzugsverordnung hierzu wird mit Zustimmung des Stadtrats in Karlsruhe folgende, durch Erlass des Herrn Stadtkommissars vom 17. Juli 1926 für vollzogen erklärte

Dreispolizeiliche Vorschrift

Tarif für Dienstmänner:
 I. Für Geschäftsreisende:
 ohne Wagen mit Wagen bis zu 50 kg
 1 Stunde 0,40 RM. 0,50 RM.
 2 Stunden 0,70 RM. 0,80 RM.
 3 Stunden 1,10 RM. 1,30 RM.
 4 Stunden 1,40 RM. 1,60 RM.
 je weitere
 Stunde 1,30 RM. 1,50 RM.
 II. Bestimmte Dienstleistungen:
 ohne Wagen mit Wagen bis zu 50 kg
 1 Stunde 0,50 RM. 0,60 RM.
 2 Stunden 0,75 RM. 0,90 RM.
 3 Stunden 1,20 RM. 1,40 RM.
 4 Stunden 1,50 RM. 1,70 RM.
 je weitere 50 kg = 0,50 RM. mehr pro Stunde oder Leistung.
 Bei einer Dienstleistung von mehr als 1 Stunde wird der Tarif für Geschäftsreisende in Anwendung gebracht. Die Berechnung gilt: ab und zu bis zum Standplatz.
Bemerkungen:
 1. Bei allen anderen als unter I und II genannten Dienstleistungen ist vor Beginn der Arbeit eine Preisvereinbarung zu treffen. (Wohelstandsort n. d. d. g.)
 2. Die einfachen Tariftafeln gelten nur bei Tageslohn, d. h. in den Monaten April bis Oktober von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr, in den Monaten Oktober bis März von morgens 1 Uhr bis abends 7 Uhr.
 3. Bei Nachtlohn ist in den Monaten April bis September bis abends 10 Uhr, in den Monaten Oktober bis März bis abends 9 Uhr die Hälfte der Tage mehr, von da an die doppelte Tage zu zahlen.
 Alle weiteren diesbezüglichen Vorschriften werden hierdurch aufgehoben.
 Karlsruhe, 22. Juli 1926. (D. B. 154.)
 Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion A.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Sagsfeld bekämpfen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben.
 Karlsruhe, 22. Juli 1926. (D. B. 155.)
 Bad. Bezirksamt — Abt. II b.

Bürgerauswahlgewinnung.

Ich berufe hiermit die Mitglieder des Bürgerauswahlgewinns zu einer Versammlung auf Freitag, den 30. Juli 1926, nachmittags 6 Uhr im Rathhansaal.
 Tagesordnung:
 Voranschlag für das Rechnungsjahr 1926.
 Gleichzeitig werden hiermit die Mitglieder des Bürgerauswahlgewinns zu einer Besichtigung der Arbeiten der Bauverwaltung auf Montag, den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, eingeladen. Treffpunkt: Ecke Prinz- und Friedrichstraße (bei Weimann).
 Durlach, den 23. Juli 1926.
 Der Oberbürgermeister.

Ein gut erhaltenes Kinderwagen

billig zu verkaufen
 Kaiserstr. 25, 2. St. r.

Stoma Witzkau

mit 4 Rädern tragfähig zu verkaufen
 Kaiserstr. 25, Haus 35.

Bettstatt m. Kopf

billig zu verkaufen
 Allmendstr. 25.

Guterhaltener Kinderbett

zu verkaufen
 m. Matratze zu verkaufen
 Luisenstr. 6, 2. St. l.

Turnen, Spiel und Sport.

Durlach, 24. Juli. Bei den am letzten Sonntag in Bruchsal stattgefundenen großen nat. Wettkämpfen der Scherathletik beteiligten sich 4 Mitgl. des 1. Kraftsportvereins Durlach u. erhielten unter sehr starker Konkurrenz folgende Preise: Im Stimmern Mittelgew. Leopold Giese den 3. Pr., im Pantangern. Karl Schmidt den 5. Pr., im Halbhohegew. Fritz Schaumburg den 7. Pr., im Federgew. Eugen Schäfer den 8. Pr. Wir gratulieren unsern Siegern zu ihrem schönen Erfolg. — Der 1. Kraftsportverein Durlach feiert am Sonntag, den 5. September 1926 in der Halle sein 20jähriges Stiftungsfest mit aussergewöhnlichem Programm, worauf wir heute schon aufmerksam machen.

Handel und Verkehr

Ämtliche Berliner Preisnotiz vom 22. und 23. Juli

	22. Juli	23. Juli
Bärenöl (100 Liter)	1.703	1.707
London (1 Fund Sterl.)	20.397	20.449
New York (1 Dollar)	4.105	4.205
Rio de Janeiro (1 Milreis)	0.843	0.845
Amsterdam (100 Gulden)	168.68	169.10
Brüssel (100 Francs)	9.83	9.85
Danzig (100 Gulden)	81.38	81.58
Helsingfors (100 Finn. Mk.)	10.532	10.592
Italien (100 Lire)	13.83	13.87
Kopenhagen (100 Kronen)	111.18	111.46
Slobo (100 Kronen)	92.08	92.27
Paris (100 Francs)	9.43	9.47
Prag (100 Kronen)	12.422	12.462
Schwetitz (100 Kronen)	81.18	81.38
Sofien (100 Tesceni)	65.92	66.08
Stockholm (100 Kronen)	112.36	112.42
Wien (100 Schilling)	59.38	59.52

Wirtschaft
 Neue Silbermünzen zu drei Reichsmark. Mit Zustimmung des Reichsrats werden neue Silbermünzen zu drei Reichsmark herausgegeben. Die Schmelze der Münze zeigt einen weiblichen Soldat, in dem der römische Doppeladler mit dem geteilten Brustschild steht. Die Umschrift lautet: „700 Jahre Reichsfreiheit 1213-1913“. Der glatte Rand trägt die Aufschrift: „Einigkeit und Recht und Freiheit“.

Allerlei Liebererzählungen und Anregungen

bringt wiederum das Jubiläum der bekannten Frauenzeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“. In einem Aufsatz über „Kosmetik“ erfahren Sie z. B. unter beachtenswerten Vorschlägen eines Arztes zur Behandlung von Schönheitschulern, daß Keimfreiheit, also das Waschen und Baden der erlöste oberste Teil jeder Hautpflege ist. In Fragen der Vererbung und Rassenhygiene erhalten Sie eine knappe, aber vorzügliche Einführung, und ein Kinderarzt sagt Ernsthaftes zur Erziehung des „einzigen Kindes“. Aber nicht nur die Pflege des Körpers, dem

auch noch ein interessanter Aufsatz: „Wie schütze ich mich vor dem Altern“ vom sportlichen Standpunkt aus gewidmet ist, sondern auch die Wohnkultur in Holzhaus und praktischer Ausgestaltung der Küche werden in diesem reichbebilderten Heft eingehend behandelt, so daß sein textlicher Inhalt durch den weiter beigefügten literarischen Brief, der über einige wertvolle Romane des letzten Jahres in höchst origineller Form plaudert, allein soviel Wertvolles bietet, um seine Anschaffung als mehr denn lohnend zu empfehlen. Aber für unsere Frauen dürften gerade die vorbildlichen Kleidabbildungen sommerlicher Kleider in den verschiedensten Stoffen und für jedes Alter noch besondere Liebererzählungen bedeuten, denn hier finden sie ihnen gemäße, eigenpersönliche, geschmackvolle Kleidung. Einzelheft 1.20 Mk., Vierteljahr 3 Mk. Verlag G. Braun in Karlsruhe. Weitere Hefte versendet der Verlag kostenlos zur Probe.

Abonnetten berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserenten dieses Blattes!

Seiters
 Im Drogenladen. „Wie sind Sie mit dem Kindermehl zufrieden?“ — „Soweit gut, aber das Gewicht kann nicht stimmen, mein Junge hat bisher fünf Pfund gegessen, aber nur vier Pfund zugenommen.“ („Regendörfer Blätter“)
 Handel. „Würdest du mir fünf Mark leihen, wenn ich dir meine Uhr zum Pfand gäbe?“ — „Lumpiae fünf Mark leihst du dir auf dein ehrliches Gesicht hin, auch ohne Uhr!“ — „Und mit Uhr?“ („Regendörfer Blätter“)
 Beim Friseur. „Wissen S. Herr Huber, mit die Haar geht's wie mit die Chemänner: ie besser ma' f' ölent, desto weniger geb'n f' aus.“ („Regendörfer Blätter“)

Mittelmäßiges Wetter für Sonntag und Montag.

Da sich Süddeutschland in der Grenzzone zwischen dem westlichen Hochdruck und nordöstlicher Depressionen befindet, bleibt die Wetterlage unbeständig. Für Sonntag und Montag ist nur zeitweilig aufheiterndes, im übrigen mehrfach bedecktes und auch vereinzelt regnerisches Wetter zu erwarten.

Persil für Wollwäsche!
 Waschen Sie Ihre farbigen Wollsachen in einfacher kalter Lauge. PERSIL sichert sorgsamste Säuberung.

Standesamt und Friedhof betr.
 Die durch das Ableben des Verwaltungsdirektors Dreiflusz freigebliebene Stelle des Standesbeamten und der Friedhofverwaltung wurde dem Verwaltungsoberinspektor Otto Blum übertragen.
 Die Diensträume befinden sich im Rathaus.
 3. Stock — Zimmer Nr. 8 —
 Die Dienstrunden sind wie folgt festgesetzt:
 Montags bis einschl. Freitags 9—12 und 3—5 Uhr.
 Samstags von 9—12 Uhr.
 Durlach, den 23. Juli 1926.
 Der Oberbürgermeister.

NW&K WOLLGARNE
Taubenwolle
 Zarteste Zephirwolle zum Sticken und Häkeln
 Überall erhältlich. Auf Wunsch Bezugsquellen-Nachweis durch: Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld
 Die Taube bürgt für Güte

Krankhafte Störungen im menschl. Organismus sind heilbar
 wenn rechtzeitig Hilfe in Anspruch genommen wird.
 Alle Krankheiten wie:
 Gallensteine, Magen-, Darm-, Nieren-, Leber-, Lungen-, Herz- u. Nervenleiden, sämtliche Frauenkrankheiten, Unterleibs- und Geschlechtsleiden, Epilepsie, Rheumatismus, Ischias, Gesichtslähmungen, Geschwülste, Krebs werden ohne operativen Eingriff nach naturgemäßen, Heilverfahren verschwiegen behandelt. Man wende sich vertrauensvoll an:
Felix Maurer, Karlsruhe, Waldhornstr. 8, 1. Telefon 5190.
 Spez. homöopath. Naturheilpraxis, Augenheilkunde
 Sprechstunden: Täglich 9—5 Uhr, Sonntags 9—1 Uhr. — Besuche auch nach auswärts außerhalb der Sprechst. Mässiges Honorar. Samstags unentgeltliche Sprechstunde f. Armeu nachweisl. Unbemittelte

WERBEAUSSTELLUNG DAS BUCHDRUCK GEWERBE
 24. Juli — 8. Aug.
 Veranaltet vom Bezirks-Maschinenmeister-Verein Karlsruhe im Verband der Deutschen Buchdrucker.
 Eintritt frei — Gebührl. Werktag aus Montag von 10—1 und 3—7 Uhr, Sonntags von 11—1 und 2—4 Uhr

Schönes Speisezimmer
 billig zu verkaufen
 Möbelschreinerrei Pfeiffer, Gröbtingen.

Knopfloch-Maschine
 für Wäsche noch neu günstig zu verkaufen
 Gröbtingen, Wilhelmstr. 5.
2 Säuererplätze
 sind zu verpachten.
 Zu erfragen
 D. Aue, Hauptstr. 59.

Uhren-Reparaturen
 aller Art werden fachmännisch ausgeführt von
Carl Seidler
 Uhrmachermeister
 Wollstr. 28
 (Ecke Roonstraße)

Kavalier Extra FÜR SCHUHE U-LEDER
Bodenwachs Union
 ÜBERALL BEVORZUGT!
 FÜR PARKETT U-LINOLEUM
 UNION-AUGSBURG.

Möbel
 Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen
 sowie einzelne Möbelstücke
 Betten, Schränke, Tische, Stühle, Vertikos, Büfettis, Divans, Chaiselongues
 usw. in bekannt großer Auswahl zu allerbilligsten Preisen.
Möbelhaus Maier Weinheimer
 Kronenstr. 32, KARLSRUHE, Telefon 2415.
 Zahlungsvereinfachung.

Danksagung.
Für die überaus vielen Beweise herzlicher Anteilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Schwiegermutter
Karoline Ehinger
geb. Matt
für die vielen Kranz- und Blumen-spenden unsern innigsten Dank. Insbesondere herzlichen Dank Herrn Kaplan Blink, den kathol. Schwestern und allen denen, die sie zur letzten Ruhestätte begleiteten.
Durlach, den 23. Juli 1926.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Verkehrsverein Durlach.
Am Samstag, den 24. Juli d. J., abends 8 Uhr, findet im Schlossgarten bei gütiger Bitterung ein
Konzert
statt, ausgeführt durch die Kapelle des Musikvereins Durlach, unter Mitwirkung des Gesangsvereins Durlach unter persönlicher Leitung seines Dirigenten Herrn Mayer.
Die Einwohnerschaft wird hiermit zu zahlreichem Besuch eingeladen.
Eintritt 20 Pfg.

Nach 5jähriger Ausbildung an der Univ.-Hals-, Nasen-, Ohrenklinik Freiburg habe ich mich in Durlach als
Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten und Sprachstörungen
niedergelassen.
Dr. med. G. Seith-Blenkinsop
Sprechstunden: Leopoldstraße 3 vorm. 10-12, nachm. 4-6 Uhr
Samstags nur 10-1 Uhr.

Rudolf Wieser
Karlsruhe — Kaiserstr. 153
Zu noch
nie dagewesenen Preisen
bringt Ihnen mein
Total-Ausverkauf
altbewährte
Qualitätsware
Strumpfwaren — Trikotagen
Wollwaren Herren-
Kinder-Konfektion Damen-
Kinder-
Handarbeiten
Wäsche

Bis einschließlich Montag
Das Großstadtprogramm — Zu halben Preisen
Die Venus vom Montmartre
(Ein Kind der Manege)
in 6 Akten
In der Hauptrolle
Lya Mara
11 Akte
Im Beiprogramm
Fox-Komödie
in 2 Akten
Tip als
Brennstofflieferant
Lustspiel in 2 Akten
Terra-Wochenschau
Sonntag nachmittag 2 1/2 Uhr: Großes Jugendprogramm, Eintritt 30 Pfg.
Anfangszeiten: Wochentags 7 und 9 Uhr, Sonntags 5, 7 und 9 Uhr.

20 Mart
von Kistefeldstraße bis
Friedrichstraße von Ar-
beitslosem verloren.
Abzugeben gegen Be-
lohnung im Verla
Gelegenheitskauf:
Schlafzimmer neu
eichen Schreibe, 2
Betstellen, Patentröhre,
3 Stühle, Spiegel, 180
Brot, Kristallglas,
Waschkommode, Spie-
gelaufsatz, 10 Karmor,
2 Nachttische, 2 Rohr-
stühle, Handtücher
zusammen 570 M. zu
verkaufen. Anzusehen
auch Sonntags.
Karlsruhe,
Durlacherallee 32, 4 St. r.

„Parkschlössle Durlach“
Heute und morgen (Sonntag)
je von 4 Uhr ab
Unterhaltungs-Tanz

Auf tiefgehender Kenntnis des Orients
beruht unsere Kunst, im Mischungsprozess die aromatischen Elemente des Tabaks freizulegen. Dies bezeugt die
extrem milde und duftige Cigarette
REEMTSMA SASCHA
(5 Pfg.)



Cigaretten
REEMTSMA SASCHA
5 Pfennig

Ella Vetter
Hermann Muffung
Verlobte
Durlach, 25. Juli 1926.

Militär-Verein
Samstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr
im großen Nebenzimmer der „Luna“
außerordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
Zwei wichtige Punkte:
1. Militärverein — Artilleriekompanie
2. Beschaffung einer neuen Fahne.
Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Tagesordnung bittet um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder
Der Vorstand

Gustav Ewald
Spezialgeschäft für Boden- und Wandplattenbeläge
Sternstr. 488 Durlach
Spezialität:
Ausführung u. Lieferung von Plattenarbeiten in Mehlgeräben, Küchen, Balken, Toiletten und Hauseingänge.
Ausführung von Neubauten.
Reparaturen prompt und billig.
Reichhaltiges Lager an Platten.

Wegen Bezugs
Total-Ausverkauf
in
Manufaktur- u. Schuhwaren
zu bedeutend herabgesetzten Preisen, da bis 30. Juli geräumt sein muss.
Hauptsächlich ist großer Vorrat in
Nemmenpangens- und Schnürschuhen, welche zu spottbilligen Preisen abgegeben werden.
Um geneigten Zuspruch bittet:
A. Rausch, Durlach,
Ettlingerstraße 42.

Einzel-Möbel
in bekannt guter Qualität
außergewöhnlich billig bei
Jul. Weinheimer
Karlsruhe
Raisstr. 81/83.
Eventuell Zahlungs-
Erleichterung.
5% Reichsbankdiskont!
Bis 60000.— Beträge
sucht kapitalträftig, In-
teressentfrei sicher an-
zulegen. Keine Vermitt-
lung! h. w. B. N. 1085
Ala Dampfenstein
& Bogler, Stuttgart 141

Anfeg-Branntwein
U. Schurhammer
Einzel-Möbel
in bekannt guter Qualität
außergewöhnlich billig bei
Heinrich Karrer
Karlsruhe-Mühlberg
Philippstraße 18
Kein Laden.

Brima gelbe Speisekartoffeln
sind fortwährend
Heinr. Sander
Bismarckstr. 35 Tel. 111

Hoher Berdient
Nebenall in Stahl- u.
Land Vertreter u. Ver-
treter(innen) des
großartige Schöne
Neubau, ev. sehr
Kellung.
Neubau-Vertrieb
„Rein“ Klein-
bach, Postfach 17.

3-Zimmer-Wohnung
Küche nebst Bad, 1
Zimmer auf 1. u. 2.
September an dem
Offerten mit R. 10
an den Verlag.

Einfach möbl. Zimmer
zu mieten gesucht.
Angebote mit R. 10
an den Verlag.

Der Kölner Dom in Gefahr!
Das hervorragendste nationale Kunstdenkmal auf deutschem Boden, das Wahrzeichen deutscher Einigkeit, ist bedroht. Sein Gestein hält nicht stand. Die Bauschäden werden täglich größer. Mit kleinen Mitteln kann nicht mehr geholfen werden, wenn nicht aus der bisherigen Absturzfahrt einzelner Teile eine Einsturzgefahr für konstruktiv wichtige Bauteile entstehen soll. Es handelt sich jetzt darum, ob wir das Nationaldenkmal am deutschen Strome erhalten oder verfallen lassen wollen.
Der Zentral-Dombau-Verein
ruft alle Kreise und Schichten des deutschen Volkes auf. Denn trotz der Not der Zeit ist die unversehrte Erhaltung des Domes eine Ehrenpflicht des ganzen deutschen Volkes, der es sich nicht entziehen kann, ohne sich selbst aufzugeben.
Tretet dem Dombau-Verein bei!
Unser Ruf geht zunächst an die Kölner, die den Dom in ihren Mauern bergen und stets seine opferfreudigsten Freunde und Hüter waren.
Alsdann an die übrigen Rheinländer, denen Dom und Strom die untrennbaren ewigen Symbole der Heimat und des Glückes sind.
Schließlich an das ganze deutsche Volk, das sich dem treuen Wächter am deutschen Rheine gerade jetzt, wo er ihm wieder gesichert ist, in alter Liebe und neuer Begeisterung zuwenden wird.
Für den Vorstand des Zentral-Dombau-Vereins:
Karl Josef Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln
Ehrenvorsitzender.
Reichsminister a. D. Dr. Frenken
Präsident.
Konsul Heinr. Maus Kommerzienrat **Alfred Neven-Dumont** Geh. u. Oberbaurat **Hertel**
stellv. Präsident. Schriftführer. Dombaumeister.
Kommerzienrat Dr. Ahn, **Dompfropst Dr. Middendorf**, **Erzdiözesanbaurat Renard**,
Jacob Schmitz-Valkenberg, **Bankdirektor Wilhelm Schmitz**.
Vorstehendem Aufruf schließen wir uns mit der Bitte an, recht zahlreich Mitglied des Zentral-Dombau-Vereins zu Köln zu werden. Kölner, Rheinländer, Deutsche, werdet alle Mitglied und helft dadurch, den Kölner Dom zu retten!
Dr. h. c. Adenauer, Oberbürgermeister von Köln.
Dr. h. c. Fuchs, Oberpräsident der Rheinprovinz.
Dr. h. c. Horion, Landeshauptmann der Rheinprovinz.
Der Mindestbeitrag für Vereinsmitglieder beträgt Mk. 3.—. Beitrittserklärungen sind zu richten an das Sekretariat des Zentral-Dombau-Vereins e. V., Köln, Dombauhütte. Geldspenden und Mitgliedsbeiträge werden erbeten auf das Postcheckkonto des Vereins: Köln Nr. 53169.

Pfannkuch
Ansetz-
Branntwein
Flasche 1/2 Liter
Inhalt 1 Liter
Billiger
Einmach-
Zucker
Pfannkuch

Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Küchen
Einzelmöbel
in großer Auswahl, zu
billigsten Preisen.
Möbelschreinerei u. Lager
Gustav Sander
— Pfingststraße 17. —
Laute
Neue Laute gegen ge-
brauchtes Herrenfah-
rad zu vertauschen oder
zu verkaufen.
Zu erfragen im Verl.
Webers Näanderofen
auch zum Dörren ein-
gerichtet, wenig ge-
braucht. 1 Nobelbank,
1 Anthobel, 1 kleine
Beerenpresse, versch.
Wokfässer und Säde
werden abgegeben. Zu
erfragen im Verlag.

Kukirol
Einlege-Schlen
6 Paar
50 Pfg.
Ein wirksamer Schutz gegen
feuchte Füße. In fast jeder Drogerie erhältlich.